

Wochenschrift für den gesamten Osten

Mitbegründer: Dr. Franz Lüdtke. Verlag Bund Deutscher Osten E. V., Berlin W 30.

Erscheint wöchentl. einmal. **Bezug:** Durch die Post vierteljährlich 1.50 M. **Einzelnummer** 20 Pf. und 5 Pf. Postgebühr.
Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der 4gespaltenen Zeile 45 Pf.

Nr. 9. | **Berlin, 2. März 1934.** | 15. Jahrg.

Polen und die anderen Staaten.

Am 24. Februar ist mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden der deutsch-polnische Verständigungspakt in Kraft getreten. Im Zusammenhang hiermit wurde zwischen Deutschland und Polen eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der öffentlichen Meinungsbildung getroffen. Darin wird der gemeinsame Wille der beiden Staaten zum Ausdruck gebracht, in Presse und Schrifttum, im Rundfunk-, Lichtspiel- und Theaterwesen das gegenseitige Verständnis zu fördern und alles zu vermeiden, was für eine fortschreitende Beruhigung der deutsch-polnischen Beziehungen etwa schädlich sein könnte. Diese Vereinbarung stellt gleichsam die Durchführungsbestimmung zum Pakt am 26. Januar dar. Sie zeigt, daß die beiden Regierungen die ernstliche Absicht haben, den Friedensgedanken des Paktes in der Öffentlichkeit ihrer Länder auch fühlbare Wirklichkeit werden zu lassen. In Polen ist in dieser Hinsicht z. B. auf dem Gebiete des Minderheitenschutzes und der Auslandspropaganda noch manches zu tun, wie aus den täglich neuen Meldungen über die Not der deutschen Volksgruppen in Polen sowie aus der gerade in letzter Zeit verstärkten deutsch-feindlichen Publikationstätigkeit polnischer Propagandastellen in englischer und französischer Sprache hervorgeht.

Anders verhält es sich auf außenpolitischem Boden. Hier treten die praktischen Auswirkungen des Verständigungspaktes bereits deutlich zutage, da Polen natürlich nicht zögert, die günstigen Möglichkeiten, die ihm der Pakt hier bietet, zu nutzen. Polen läßt, gestützt auf den Pakt, eine zunehmende Freiheit und Selbstsicherheit seines außenpolitischen Auftretens erkennen. Hat die polnische Öffentlichkeit früher mit geradezu krankhafter Beharrlichkeit auf einen Punkt, auf die Korridorfrage, gestarrt, so scheint sie sich heute allmählich daran zu gewöhnen, politische Aufgaben und Möglichkeiten auch in anderer Richtung zu suchen und den Blick freier in die Runde schweifen zu lassen. Vor allem ist eines für die Loslösung der polnischen Diplomatie aus den starren Denkformen des Versailler Systemes bezeichnend: Der Wandel, der sich immer fühlbarer in der polnischen Einstellung zu Frankreich vollzieht. Es ist nicht etwa so, daß Polen nun dazu übergeht, eine Politik gegen Frankreich zu treiben; aber es wagt jetzt nach Beseitigung der akuten Spannungen an seinen Ost- und Westgrenzen doch, seinen Weg auch ohne Frankreich zu gehen. Es ist Frankreich gegenüber kritisch geworden, und es scheut sich nicht mehr, diese Kritik gegebenenfalls auch einmal offen zu äußern, wie es Fürst Radziwill kürzlich in einer Rede in Krakau getan hat. Die polnische Öffentlichkeit lernt es allmählich, in Frankreich etwas anderes zu sehen als die Macht, die, von „freiheitlichen" und „menschheitsliebenden" Ideen beseelt, den unterdrückten Nationen zu staatlichem Dasein verhalf. Sie lernt es allmählich, hinter den klingenden Worten den durchaus egoistischen Machtwillen des stärkeren Bundesgenossen und hinter den Freundschaftsphrasen den geistigen Hochmut des zivilisierten Westeuropäers zu sehen. Wenn sich die Polen einmal ernstlich mit der Geschichte ihres „traditionellen Freundschaftsverhältnisses" zu Frankreich befassen wollten, dann würden sie wohl feststellen können, daß sie im Grunde genommen niemals etwas anderes gewesen sind als die gutgläubigen, manchmal nützlichen und dabei stets verachteten Handlanger der französischen Rheinpolitik. Es könnte für die Polen in der Tat nur vorteilhaft sein, wenn sich ein Historiker fände, der es einmal unternimmt, die an enttäuschten Hoffnungen so reiche Geschichte der polnischen Beziehungen zu Frankreich zu schreiben und damit die hemmungslose Franzosenfreundschaft der zünftigen Nationaldemokraten als das zu enthüllen, was sie in Wirklichkeit ist: als eine entehrende Hörigkeit des polnischen Menschen und als ein Verhängnis für den polnischen Staat.

Wenn Polen heute einen beachtlichen Grad von Selbständigkeit gegenüber seinen französischen Bundesgenossen erreicht hat, so beruht das zunächst auf der Tatsache, daß es sich eine schlagfertige Armee aufgebaut hat und seit sieben Jahren stabile innerpolitische Zustände besitzt, die es ihm ermöglichen, auf allen Gebieten seines staatlichen und wirtschaftlichen Lebens eine Politik auf lange Sicht zu betreiben. Vor allem aber beruht das darauf, daß Polen sich durch seine Pakte mit Rußland und Deutschland aus der Zwangslage befreit hat, in allem, was es tut, sich einer Rückendeckung bei Frankreich versichern zu müssen. Polen hat seinen Nichtangriffspakt mit den Sowjets bei den Verhandlungen mit Deutschland in die Waagschale geworfen, und es hat, nachdem es den Pakt mit Deutschland geschlossen hatte, damit wieder in Moskau weitere Vorteile einzuhandeln versucht. Wie es scheint, nicht ohne Erfolg: Polen kann die Erhebung der beiderseitigen Gesandten in den Botschafterrang als eine neue Anerkennung seiner Großmachtstellung verbuchen. Es heißt, daß Oberst Beck während seines Moskauer Besuches eine Verlängerung des ursprünglich auf drei Jahre befristeten Nichtangriffspaktes mit Rußland auf zehn Jahre durchgesetzt hat. Es erscheint auch nicht ausgeschlossen, daß er die Sowjets auf ein für Polen günstigeres Verhalten in der Wilnafrage und gegenüber Litauen festgelegt hat. Und vermutlich ist im Kreml auch die Angelegenheit des baltischen Garantiepaktes noch einmal zur Sprache gekommen. Sollte in diesen Fragen tatsächlich eine Einigung zwischen Polen und Sowjetrußland erzielt worden sein, dann wäre für die drei kleinen Randstaaten zwischen Narwa und Memel eine neue und für sie unter Umständen nicht unbedenkliche Lage entstanden. Man bedenke, daß Litauen, Estland und Lettland den Bestand ihrer staatlichen Selbständigkeit ja weniger dem in Versailles mit Füßen getretenen Selbstbestimmungsrechte der Völker verdanken, als der Uneinigkeit der Großmächte untereinander, vor allem dem Gegensatz zwischen den französischen und englischen Ostseeinteressen und der bisherigen Feindschaft zwischen Rußland und Polen. Wenn jetzt eine Einigung zwischen Moskau und Warschau erzielt werden sollte (zu einer Zeit, in der die Westmächte wichtigere Sorgen haben, als sich um die baltischen Dinge zu kümmern), dann wäre die staatliche Selbständigkeit des baltischen Randes in Zukunft wohl bestenfalls so viel wert wie die „Unabhängigkeit", die Österreich letzthin von den drei Westmächten garantiert worden ist, — vorausgesetzt, daß die Politiker in Riga, Reval und Kauen mit derselben Sturheit an der Feindschaft gegen den Nationalsozialismus festhalten wie die Wiener Legitimisten.

Nach einer Meldung des „Czas" soll Oberst Beck, als er nach Moskau fuhr, die Absicht gehabt haben, eine Besserung der kirchlichen Rechte der römischen Katholiken und insbesondere der kulturellen Rechte der polnischen Volksgruppen in der Sowjetunion zu erwirken. Es ist nicht bekannt, ob eine derartige Aktion tatsächlich erfolgt ist.

Bemerkenswert ist aber, was der Krakauer „Ilustrowany Kurjer Codzienny" über die Lage der polnischen Volksteile in Weißrußland und in der Sowjetukraine berichtet. Danach haben die Sowjetbehörden bereits Ende des vergangenen Jahres die Genehmigung zur Eröffnung neuer polnischer Volksschulen in Weißrußland und zur Organisierung eines polnischen Wandertheaters erteilt. Auf Grund dieser Genehmigung haben die dortigen Polen jetzt einige neue Schulen eröffnet, u. a. in Minsk eine Fachschule gegründet und in einer Reihe von Orten polnische Bibliotheken ins Leben gerufen. Ähnliche Schulgründungen sind in letzter Zeit auch in der Sowjetukraine erfolgt; neben einer Anzahl neuer Volksschulen und Volksbüchereien ist hier in Teofilpol (in der Nähe der polnisch-russischen Grenze) eine technische Fachschule erstanden. Aus der Meldung des Krakauer Blattes läßt sich allerdings nicht ersehen, ob es sich bei diesen Volks- und Fachschulen, Bibliotheken und Wandertheatern um Einrichtungen handelt, die wirklich geeignet sind, nicht nur der Erhaltung der polnischen Sprache, sondern auch der Pflege des nationalpolnischen Lebens zu dienen. Polnischsprachige Institutionen, die im kommunistischen Geiste gehalten sind, entsprechen den polnischen Wünschen nur in sehr unvollkommenem Maße. Vollwertig im polnischen Sinne sind derartige Bildungsanstalten erst dann, wenn es ihnen gestattet wird, auch in katholisch-kirchlichem Geiste zu wirken. Hier berühren sich die Warschauer Wünsche mit den weitreichenden Zielen des Vatikans. Es ist bekannt, daß die römische Kirche schon mehrfach versucht hat, aus dem Unglück der orthodoxen Kirche zu profitieren — wobei ihr das katholische Polen als Schrittmacher durchaus willkommen sein könnte.

Nach der Entspannung der Beziehungen zwischen Deutschland und Polen ist das litauische Problem zu einem Brennpunkt der außenpolitischen Gegensätze im nördlichen Zwischeneuropa geworden. Die Regierung in Kauen scheint nach wie vor der Auffassung zu sein, daß zwischen Deutschland und Polen irgendwelche unbekannten Abmachungen bestehen, die die staatliche Selbständigkeit ihres Zweimillionenstaates bedrohen. Und sie scheint weiter die Befürchtung zu hegen, daß Oberst Beck sich bei seinem kürzlichen Besuche in Moskau die Einwilligung der Sowjetregierung zu einer Neuregelung der litauischen Frage geholt hat. Man sollte nun meinen, daß eine Regierung, die solche (wirkliche oder eingebildete) Gefahren herannahen sieht, nichts unversucht läßt, um ihren Staat durch eine Anlehnung an eine der benachbarten Großmächte zu retten, auch wenn diese Anlehnung von ihr durch einen Verzicht auf gewisse Ansprüche erkauft werden müßte. Sowohl Deutschland wie Polen haben in letzter Zeit mehrfach ihre Bereitschaft zu einem friedlichen Ausgleich mit Litauen zu erkennen gegeben. Sie haben dabei allerdings auch die Voraussetzungen, die Litauen erfüllen müßte, betont: Deutschland muß auf einer Revision der memelfeindlichen Politik der litauischen Regierung bestehen; und Polen verlangt neben einem Verzicht auf das Wilnagebiet die Wahrung der polnischen Minderheitenrechte und die Anerkennung seiner Transitrechte über den Memeler Hafen. Während Litauen nun die deutschen Forderungen mit einer weiteren Verschärfung seines Kurses im Memelgebiete beantwortet und damit den Anlaß zu wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen von deutscher Seite gegeben hat, hat es Polen gegenüber zunächst einiges Entgegenkommen bewiesen, indem es sich z. B. mit der Zulassung des kleinen Grenzverkehrs einverstanden erklärte, — bis dann ein plötzlich aufflackernder Streit um die Minderheiten die beginnende Annäherung zwischen Warschau und Kauen wieder zerstörte. Die litauische Regierung hat die polnischen Geheimschulen, in denen nicht nach litauischen, sondern nach polnischen Lehrplänen unterrichtet wurde, verboten, und die polnische Regierung hat dieses Verbot zum Anlaß genommen, um eine größere Anzahl führender Litauer im Wilnagebiet zu verhaften.

Polen handelt Litauen gegenüber im Bewußtsein seiner überlegenen Stärke. Es hat in diesem Streit nichts zu verlieren. Litauen könnte zwar seine Politik gegenüber der polnischen Minderheit seines Staatsgebietes verschärfen; es könnte z. B. die polnischen Minderheitsschulen auflösen und seine Enteignungspolitik gegenüber den polnischen Grundbesitzern fortsetzen. Aber es hätte in diesem Falle wohl mit sehr energischen Gegenmaßnahmen von polnischer Seite zu rechnen; und diese Gegenmaßnahmen würden sich vermutlich nicht auf Repressalien gegen die — übrigens zahlenmäßig nicht sehr erhebliche — litauische Minderheit im Wilnagebiete beschränken, sondern gegebenenfalls auch an die Grundlagen der staatlichen Selbständigkeit Litauens rühren. In Litauen empfindet man das „grausame Vorgehen der Polen" (wie die polnische Verhaftungsaktion in einem Protestschreiben des Litauischen Journalistenverbandes genannt wurde) als Provokation. Ob das richtig ist oder nicht, das spielt keine Rolle. Richtig ist nur, daß es durchaus nicht im Interesse der Litauer liegt, sich provozieren zu lassen. Denn sie sind außenpolitisch in eine gefährliche Sackgasse geraten, seitdem sie sich durch ihre unkluge Politik in der Memelfrage ihres einzig wirksamen Druckmittels gegenüber Polen, nämlich der Berufung auf Deutschland, begeben haben.

Eine gewisse Änderung ist in letzter Zeit im polnischen Verhältnis zur benachbarten Tschechoslowakei zu verzeichnen. An die Stelle des Eifers, mit dem im vergangenen Jahre von polnischer Seite auf den Ausbau freundschaftlicher Beziehungen zu diesem „slawischen Bruderstaate" gearbeitet wurde, ist eine kühlere Zurückhaltung getreten. Natürlich bemüht man sich nach wie vor, den tschechischen Transit auf die polnischen Verkehrswege und über Gdingen, den „allslawischen" Hafen, zu ziehen; auch hat man den Tschechen in dem letzthin abgeschlossenen Handelsabkommen erhebliche Zugeständnisse gemacht: die Tschechoslowakei hat von allen Ländern, die bisher mit Polen Wirtschaftsverhandlungen in die Wege geleitet haben, die weitaus günstigsten Erfolge erzielt. Auf politischem Gebiet aber ist das Interesse Warschaus an einem Zusammengehen mit Prag in letzter Zeit merklich gesunken, seitdem sich nämlich das eigene Verhältnis zu Deutschland in zufriedenstellender Weise geklärt hat. Man sieht, daß sich der tschechische Nachbar in eine fast hoffnungslose Gegnerschaft zum Deutschen Reiche verrannt hat, daß ihm durch den Balkanpakt ein Strich durch die Rechnung gemacht worden ist, daß er mit dem Marxistenaufstand auch seine österreichische Karte verspielt hat und seinen Ehrgeiz, die Rolle des letzten Ritters der Demokratie und des letzten Vasallen des Quai d'Orsay zu spielen, mit der eigenen politischen Isolierung bezahlt hat. Fast blickt man mit etwas Schadenfreude auf das Pech des tschechischen „Bruders"; man gönnt ihm im stillen seine mißliche Lage; denn man kann es ihm bei aller slawischen Bruderliebe doch nicht verzeihen, daß er es gewagt hat, das Recht auf Führung der west- und südslawischen Länder für sich in Anspruch zu nehmen.

Bis vor kurzem hat die „Unabhängigkeitspolitik" der christlich-sozialen Legitimisten in Wien in den maßgebenden Regierungs- und in den Oppositionskreisen Polens eine überwiegend freundliche Beurteilung gefunden. Zum Teil mögen hierbei katholische Sympathien und konservative Neigungen mitgespielt haben. Vor allem aber ist wohl auch die Hoffnung maßgebend gewesen, in einem reichsfeindlichen Wien einen Stützpunkt für die polnische Politik im südöstlichen Europa zu finden. Der Bürgerkrieg hat das moralische Ansehen, das man in Polen der Dollfuß-Regierung als einer Verfechterin katholischer Interessen bisher entgegenzubringen bereit war, geschwächt. Vor allem sieht man sich seit der Donaufahrt Suvichs in der Hoffnung, aus der „Unabhängigkeitspolitik" der Wiener Regierung Nutzen ziehen zu können, enttäuscht. Die verantwortlichen Leiter der polnischen Politik haben sich seit dem Abschluß des deutsch-polnischen Paktes noch nicht zur österreichischen Frage geäußert. Sie beurteilen diese Frage durchaus so, wie es den besonderen Interessen ihres Staates entspricht. Sie nehmen in ihrer Stellung zum österreichischen Problem Rücksicht weder auf die Absichten des französischen Bundesgenossen, noch auf die Ängste der Tschechen. Sie sehen in der österreichischen Frage durchaus eine Schicksalsfrage der deutschen Nation. Sie stellen mit Befriedigung fest — wie es Fürst Radziwill in seiner Krakauer Rede getan hat —, „daß nach dem Abkommen mit Deutschland der neuralgische Punkt Europas nicht mehr im Korridor, sondern im Donautal oder im Saarbecken liegt". Sie trauen einer deutschfeindlichen Lösung des Donauproblems keine allzu große Lebenskraft zu. Sie halten, wie der Krakauer „Kurjer" sich ausgedrückt hat, die sogenannte „Unabhängigkeitserklärung" der drei westlichen Großmächte, Italien, Frankreich und England, für ein Pflästerchen, mit dem eine eiternde Wunde Europas notdürftig zugedeckt wird. Sie gehen bei ihrer Einstellung zur österreichischen Frage von der Auffassung aus, daß die durch den Nationalsozialismus geweckten dynamischen Kräfte des deutschen Volkes sich nach irgendeiner Richtung hin auswirken müssen, und sie sehen nur einen Vorteil für Polen darin, wenn sich diese Kräfte nach dem südöstlichen Europa und nicht im deutsch-polnischen Grenzraume entladen. Was von polnischer Seite zur österreichischen Frage zu sagen ist, das hat der konservative „Czas" kürzlich auf folgende Formel gebracht: „Im Interesse Polens liegt weder der Anschluß, noch eine Vernichtung der Tschechoslowakei zugunsten Deutschlands. Es liegt aber auch in keinem Falle in Polens Interesse, die Rolle eines Blitzableiters zu spielen und das Gewitter, das sich im Augenblick im Süden entlädt, auf die Westgrenzen Polens zu lenken, und zwar in einem Zeitpunkt, in dem die gesunde Vernunft einem sagt, daß alle Verwicklungen im Süden dazu geeignet sind, Polen im Norden einen leidlichen Frieden zu sichern." Die Polen befürchten, daß die italienische Politik, wenn sie im Donaubecken erfolgreich sein sollte, die in Deutschland aufgespeicherten Kraftreserven wieder auf den nördlichen Osten zurücklenken werde. Sie wünschen vielleicht nicht eine Stärkung des Deutschen Reiches im südlichen Osten. Aber sie neigen doch der Auffassung zu, daß eine Ausweitung des deutschen Einflusses nach dem Südosten — vom polnischen Standpunkt aus — den Vorzug vor einer Festigung der italienischen Position im Donaubecken verdient, daß also eine Stärkung Deutschlands dort zum mindesten das kleinere Übel darstellt.

Dr. Kredel.

Deutsch-polnisches Stahlabkommen.

Am 21. und 22. Februar haben im Stahlhof zu Düsseldorf Verhandlungen zwischen Vertretern der polnischen und deutschen Eisenindustrie über die Durchführung des am 19. Oktober v. J. vereinbarten Abkommens stattgefunden. Sie haben zu einem befriedigenden Ergebnis geführt. Einzelheiten der Verhandlungsergebnisse sind noch nicht bekannt, da sich die beiden Vertragspartner Stillschweigen auferlegt haben. Nur soviel kann gesagt werden, daß dieser private Vertrag die amtlichen handelspolitischen Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen erheblich entlastet. Das deutsch-polnische Eisenabkommen wird mit dem Inkrafttreten des Handelsvertrages in Kraft gesetzt werden.

Radziwill und Sapieha über die polnischen Pakte.

Am 22. Februar sprachen bei einer konservativen Veranstaltung in Wilna die Fürsten Janusz Radziwill und Eustachy Sapieha über das Verhältnis Polens zu seinen Nachbarn im Westen und Osten. Die beiden Redner sind wohl die bekanntesten Vertreter der konservativen Gruppe des polnischen Regierungsblocks; sie sprechen als solche zwar nur für einen geringen Teil des polnischen Volkes, besitzen aber einen nicht unbedeutenden Einfluß auf die polnische öffentliche Meinung, vor allem in Galizien und in den Ostwojewodschaften des Staates. Sie gehören zu dem Freundeskreise des von dem jungen Abg. Mackiewicz geleiteten Wilnaer „Slowo", eines Blattes, das schon während der ganzen letzten Jahre — als Außenseiter — für eine Verständigung mit Deutschland eintrat. Wenn die fürstlichen Repräsentanten des Großgrundbesitzes einer polnischen Annäherung an Sowjetrußland mit einiger Skepsis gegenüberstehen und die Verständigung mit Deutschland besonders lebhaft begrüßen, so spielen hierbei nicht nur weltanschauliche, sondern auch sehr reale materielle Interessen eine mitbestimmende Rolle. Das muß man beachten, um ihre Worte richtig in das Gesamtbild der öffentlichen Meinung Polens einordnen zu können. Fürst Radziwill führte u. a. aus:

„Wir Polen haben als Volksgemeinschaft verhältnismäßig wenig Trieb zur Nachahmung von östlichen Idealen dagegen ist für viele von uns das maßgebend, was aus dem Westen kommt. Wir sind geneigt, die von dort kommenden Beispiele mit Begeisterung aufzunehmen und nachzuahmen. Sogar in der Umgebung meiner nächsten politischen Freunde hatte ich oft Gelegenheit, solche Einstellungen zu beobachten. Und sogar dann, als wir offiziell, ja ganz öffentlich an den Deutschen Kritik übten und sie angriffen, bestand doch im Unterbewußtsein vieler von uns ein gewisses Gefühl der kulturellen Höherstellung dieses Volkes der Denker, des Volkes der Gelehrten, zumal manche von uns in Deutschland ihre Bildung genossen haben und bis zu einem gewissen Grade von der deutschen Denkungsart durchdrungen sind. Es wäre gefährlich, wollten wir allzu gierig die deutschen Beispiele nachahmen, wollten wir aus der Tatsache, daß der polnische Staat mit dem Deutschen Reich ein rein politisches Abkommen geschlossen hat, falsche Schlüsse ziehen und uns allzu sehr diesen Beispielen aus dem Westen unterwerfen. Denn wenn einerseits der durch den bolschewistischen Osten vertretene politische Gedanke uns von Grund aus fremd ist, so muß betont werden, daß das, was gegenwärtig in Deutschland geschieht, nicht allein der polnischen staatlichen Tradition, sondern auch dem Instinkt unserer Rasse durchaus fremd ist."

Fürst Sapieha führte u. a. aus: „Wir hier in den Ostgebieten Polens werden stets mehr begeistert sein für eine Verständigung mit dem Westen ... In Warschauer und Krakauer Zeitungen aller Richtungen erschienen begeisterte Artikel über die bolschewistische Industrie, über die bolschewistischen Verhältnisse, über ihre Kunst und über ihre Literatur. Und ich muß bekennen, daß wir hier in den Ostgebieten mit Entrüstung davon Kenntnis genommen haben, da wir hier dauernd sehen, daß damit kommunistische Arbeit gemacht wird. Natürlich freuen wir uns, daß uns von bolschewistischer Seite kein Kriegsabenteuer droht; wir freuen uns, daß das Traktat von Rapallo seine Bedeutung verloren hat. Um so herzlicher erfreute uns der deutsch-polnische Nichtangriffspakt, der uns für zehn Jahre und vielleicht für eine längere Zeit den Frieden zu sichern scheint, der uns so nottut, um unsere wirtschaftlichen, sozialen, Nationalitätenfragen usw. zum Abschluß zu bringen. Für mich persönlich ist die Verständigung mit Deutschland ein besonders freudiges Ereignis. Ich weiß nicht, ob ich im Namen der ganzen Volksgemeinschaft zu behaupten das Recht habe, daß dies seit 15 Jahren, seit der Zeit der Verdrängung der Bolschewisten, die freudigste und beste Neuigkeit ist."

Der Pakt und die Deutschen in Polen.

Man war in Deutschland nach Abschluß des Paktes mit Polen von vornherein darauf gefaßt, daß sich die polnische Öffentlichkeit nicht von heute auf morgen der von der Warschauer Regierung verfolgten politischen Verständigungslinie anzupassen bereit ist. Wenn sich nun aber in der polnischen Minderheitenpolitik bisher noch keine entscheidende Wendung zu friedlicheren Methoden feststellen läßt, so liegt das wohl nicht allein daran, daß man in Polen Zeit zum politischen Umlernen braucht, sondern auch daran, daß man dort der deutsch-polnischen Erklärung in bezug auf die Minderheitenfrage einen Sinn unterschiebt, der von deutscher Seite eine entschiedene Zurückweisung verdient. In der Erklärung heißt es, daß sie „sich nicht auf solche Fälle erstreckt, die nach internationalem Recht ausschließlich als innere Angelegenheiten einer der beiden Staaten anzusehen sind." Ein Teil der polnischen Presse macht nun den Versuch, die Frage der deutschen Volksgruppen in Polen als eine „ausschließlich innere Angelegenheit" im Sinne der Erklärung vom 26. Januar erscheinen zu lassen. Er versucht die Dinge so hinzustellen, als ob Deutschland sich mit dem Pakt gleichsam seines Rechtes begeben habe, sich um das Schicksal seiner Volksgenossen in Polen zu kümmern! Daß das nicht der Fall ist, versteht sich von selbst. Denn zweifellos ist die polnische Minderheitenpolitik, die an die Bestimmungen des Minderheitenschutz-Abkommens von 1919 und des Genfer Oberschlesien-Abkommens von 1922 gebunden ist, nach internationalem Recht keine ausschließlich innere Angelegenheit des polnischen Staates. Deutschland ist zwar aus dem Völkerbunde ausgeschieden und kann also von sich aus nicht mehr das Dreierkomitee mit den Beschwerden der deutschen Volksgruppen in Ostoberschlesien, Posen und Pommerellen befassen; es hat auch seine Mitwirkung am Haager Schiedsgerichtshof gekündigt. Das heißt aber noch lange nicht, daß es nun keine Möglichkeit mehr besäße, sich der Deutschen „drüben" anzunehmen. Es hat sich im Gegenteil gerade durch die Erklärung vom 26. Januar eine neue Möglichkeit hierzu eröffnet. Die polnische Presse ist also entweder falsch unterrichtet oder sie handelt wider besseres Wissen, wenn sie einen möglichen deutschen Versuch, in direkten Verhandlungen deutsch-polnische Minderheitenfragen zur Sprache zu bringen, von vornherein als eine „unzulässige Einmischung in innerpolitische Angelegenheiten" hinzustellen bemüht ist.

Daß die Minderheitenfrage nach wie vor eine internationale Angelegenheit ist, an der auch Deutschland mitzureden hat, das geht u. a. auch aus der Tatsache hervor, daß die durch das Genfer Abkommen für Oberschlesien geschaffenen Institutionen durch den Pakt vom 26. Januar unberührt geblieben sind und nach wie vor unter Mitwirkung der deutschen Vertreter funktionieren. Im übrigen hat auch der polnische Außenminister Oberst Beck auf Anfrage im Sejm ausdrücklich erklärt, daß das Oberschlesien-Abkommen (das einen wesentlichen Bestandteil der polnischen Minderheitenschutzbestimmungen enthält) auch nach Abschluß des deutsch-polnischen Paktes weiter in Kraft bleibt. Damit sind die Vorstöße, die vom Krakauer „Ilustrowany Kurjer Codzienny" und von andern polnischen Blättern gegen die Genfer Konvention unternommen wurden, von maßgebendster polnischer Stelle abgelehnt worden. Sinngemäß muß sich die Äußerung Becks auch auf den Minderheitenschutzvertrag von 1919 beziehen. Schließlich werden die Auslegungskünste der polnischen Presse auch von der Polenbundpresse in Deutschland Lügen gestraft. So schrieb z. B. die Allensteiner „Gazeta Olsztynska" am 4. Februar d. J.: „Beide Regierungen haben in dem Abkommen erklärt, daß sie alle Streitfragen im Wege unmittelbarer Verhandlungen zu regeln beabsichtigen. Zu den strittigen Fragen gehört zweifellos auch die Minderheitenfrage in Deutschland ..." Was dem einen recht ist, ist dem andern nur billig; wobei nur noch zu bemerken ist, daß es in Deutschland — außer im ehemaligen oberschlesischen Abstimmungsgebiet — einen Minderheitenschutz internationalen Charakters nicht gibt.

Die Lage der Deutschen in Polen hat sich bis jetzt nicht merklich gebessert — wenn man von einigen Einzelfällen absieht, die als Vorzeichen einer beginnenden Entspannung auch auf minderheitspolitischem Gebiete ausgelegt werden können. Ein erheblicher Teil der polnischen Presse ergeht sich auch heute noch in den schärfsten Ausdrücken gegen die Deutschen in Polen, während sie sich zu gleicher Zeit dem Deutschen Reiche gegenüber merklich zurückhält. Vor allem wäre es notwendg, den üblen Hetzereien der Judenpresse in Polen ernstlich durch einen gehörigen Druck von oben ein Ende zu machen. Die polnischen Gerichte verurteilen auch heute noch Angehörige der deutschen Volksgruppen wegen geringfügiger oder gar eingebildeter Vergehen gegen die ewig „bedrohte" Sicherheit und das ewig „gefährdete" Ansehen des polnischen Staates. Die Aktion gegen die Volksbundheime in Ostoberschlesien ist noch nicht zum Abschluß gekommen; und eben jetzt wurde in Kattowitz ein Prozeß gegen Angehörige der ehemaligen Volksbundjugend geführt, wobei den angeblichen „Geheimbündlern" freilich eine dreijährige Bewährungsfrist eingeräumt wurde. Der Kampf gegen die deutsche Angestelltenschaft in der ostoberschlesischen Industrie ist noch immer nicht eingestellt worden. Erst kürzlich hat sich der Minderheitenreferent der Kattowitzer Wojewodschaft darüber beklagt, daß in der Industrie noch immer zur Hälfte deutsche Beamte beschäftigt sind (während der Anteil der deutschen Arbeiter an der Gesamtbelegschaft der Industrie schon auf 7 v. H. hat herabgedrückt werden können). In Pommerellen führt Polen seine Angriffe gegen den ländlichen deutschen Grundbesitz fort. In Kongreßpolen führen die Deutschen, die vor kurzem auf der großen Tagung des Deutschen Volksverbandes in Lodz erneut ihren Willen zur Erhaltung der eigenen Art und Sprache bekundet haben, einen fast verzweifelten Kampf um die Erhaltung der letzten ihnen noch verbliebenen Schulen. In Ostoberschlesien und im Netzegebiet wie im Lodzer Bezirk sind mehr oder weniger fragwürdige Elemente am Werk, um die innere Geschlossenheit der deutschen Volksgruppen zu sprengen.

Vom Geist der Verständigung haben die Deutschen in Polen bisher leider erst wenig gespürt. Wird man in Polen jetzt endlich erkennen, daß die Frage der deutschen Volksgruppen ein Teil des großen Problems der deutsch-polnischen Verständigung ist? Wird man jetzt endlich begreifen, daß die Deutschen in Polen nicht dazu da sind, leidende Objekte in der Hand übereifriger Patrioten zu sein, sondern daß sie dazu bestimt sind, die Brücke zwischen zwei großen Nationen zu bilden, die durch den Gang ihrer Geschichte nun einmal zu Nachbarn geworden sind und daher zusehen müssen, wie sie in Frieden miteinander auskommen können?

Litauische Übergriffe im Memelgebiet.

Am 22. Februar wurden die Geschäftsräume der Christlich-Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft und der Sozialistischen Volksgemeinschaft geschlossen. Den beiden deutschen Parteien des Memelgebietes wurde die Fortsetzung ihrer Tätigkeit untersagt. Die Parteien sind damit noch nicht endgültig verboten; aber tatsächlich ist ihre Tätigkeit bis zum Vorliegen einer gerichtlichen Entscheidung lahmgelegt worden. In der amtlichen Mitteilung über die Schließung der Parteien heißt es, daß in der gegen sie eingeleiteten Untersuchung festgestellt worden sei, daß sie den Plan verfolgt hätten, „das Memelgebiet durch bewaffnete Gewalt von Litauen zu trennen“! Die Schließung ist auf Grund der am 18. Februar in Kraft getretenen verschärften Bestimmungen des litauischen Republikschutzgesetzes erfolgt. Gegen dieses Zuchthausgesetz, das dem Sinn und Wortlaut des Memelstatuts widerspricht, hat der deutsche Gesandte in Kowno bei der litauischen Regierung Einspruch erhoben. Der Vorwurf, der gegen die beiden deutschen Parteien erhoben wird, Vorbereitungen zu einem bewaffneten Aufstand getroffen zu haben, ist so unsinnig, daß man nur annehmen kann, daß der mit der Angelegenheit befaßte Untersuchungsrichter in Schaulen auf die Arbeit eines mit allzu viel Phantasie begabten Spitzels hereingefallen ist. Auf das „Belastungsmaterial“, das dieser Richter zusammengetragen hat, kann man gespannt sein. Er wird es vermutlich nicht allzu eilig damit haben, sein Material der Öffentlichkeit zu übergeben.

Ganz offensichtlich kommt es der litauischen Regierung nur darauf an, die deutschen Führer des Memelgebietes auf unbestimmte Zeit in den Gefängnissen verschwinden zu lassen, um inzwischen um so ungestörter die memelländische Autonomie vernichten zu können. Fast jeder Tag bringt neue Schikanen und neue Schläge gegen die deutschgesinnten Bewohner des fremder Willkür preisgegebenen Landes. Der deutschen Presse ist durch das Zuchthausgesetz die freie Meinungsäußerung so gut wie unmöglich gemacht; denn jede, auch die vorsichtigste Kritik wird auf Grund dieses Gesetzes als „Bekundung staatsfeindlicher Gesinnung“ und als „Beleidigung des litauischen Nationalgefühles“ mit Verboten und Freiheits- oder Geldstrafen geahndet. Ja, eine „Verächtlichmachung des litauischen Staates“ wird schon darin erblickt, daß ein Blatt es wagt, etwas Vorteilhaftes über das nationalsozialistische Deutschland zu sagen; schon darin scheinen die derzeit leitenden Männer dieser Nation, von der Smetona behauptet hat, daß es in ihrer Art liege, die Kultur und die Größe fremder Nationen zu achten, einen Angriff auf die Sicherheit und das Ansehen ihres Staates zu sehen. Als typisches Beispiel für diese überspitzte Empfindlichkeit ist das Verbot der im Verlage des „Memeler Dampfbootes“ erscheinenden „Lietuwiszka Ceitunga“, eines deutsch-memelländischen Blattes, das in memelländisch-litauischer Mundart erscheint (nebenbei bemerkt mit seinen rund 60 Jahrgängen die älteste Zeitung in litauischer Sprache). Das Blatt wurde beschlagnahmt, weil es eine Unterredung Adolf Hitlers mit einem Vertreter der „Daily Mail“ und die Äußerung eines englischen Offiziers über das neue Deutschland veröffentlicht hatte; dabei war in den beiden Veröffentlichungen von Litauen mit keinem Worte die Rede und hatte die großlitauische Presse die beiden Meldungen ohne behördliche Beanstandung gebracht!

Bezeichnend für die Methode, mit der die deutsche Sprache im Memelgebiete Schritt für Schritt zurückgedrängt wird, ist ein Vorstoß, den ein Staatsanwalt beim Kownoer Obergericht anläßlich der Behandlung einiger Revisionssachen vor der memelländischen Abteilung dieses Gerichtes gegen die Deutschsprachigkeit der memelländischen Gerichte gemacht hat. Der Staatsanwalt stellte beim Plenum des Obergerichtes den Antrag, darüber eine Entscheidung zu treffen, ob es nicht einen Verstoß gegen den Art. 27 des Memelstatutes darstelle, wenn ein memelländisches Gericht einen Prozeß gegen einen litauisch sprechenden Angeklagten in deutscher Sprache verhandle und sich zur Verständigung mit dem litauisch sprechenden Angeklagten eines Dolmetschers bediene. Würde das Obergericht im Sinne des Staatsanwaltes entscheiden, so würde damit die gesamte Tätigkeit der memelländischen Gerichte lahmgelegt werden. Denn es gibt im Memelland, dessen alteingesessene Bevölkerung durchweg die deutsche Sprache beherrscht, naturgemäß keine litauisch sprechenden Richter. Da nun diese Richter nach Art. 23 des Memelstatutes unabsetzbar sind, würde die Einführung der litauischen Gerichtssprache im Memelgebiet praktisch eine neue Verletzung des Statutes darstellen; denn die Absicht des erwähnten Antrages ist, die deutschen Richter des Memelgebietes durch großlitauische Juristen beiseite zu drängen. Von litauischer Seite wird hier, wie auch in anderen Fällen die Ansicht vertreten, daß die memelländischen Behörden verpflichtet seien, sich beider Sprachen, des Deutschen und des Litauischen, unter allen Umständen und bei jeder Amtshandlung nebeneinander zu bedienen. Hierzu sind die Behörden aber durchaus nicht verpflichtet. Eine Pflicht zur Zweisprachigkeit, also zur Verwendung der litauischen neben der deutschen Sprache, besteht für die Behörden nur in bestimmten Fällen: bei Amtsbezeichnungen, Stempeln, Siegeln und Hoheitszeichen, bei öffentlichen Aufschriften, also Straßen-, Orts- und Stationsnamen, Wege- und Warnungstafeln, sowie bei den für die Öffentlichkeit bestimmten Kundgebungen, also Gesetzen, Erlassen und dergleichen, bei Urkunden, die zum Verkehrsgebrauch bestimmt sind, wie bei Pässen usw. Nirgends aber findet sich ein Anhaltspunkt dafür, daß die memelländischen Gerichte verpflichtet wären, sich der litauischen Sprache zu bedienen, wenn eine der Parteien der deutschen Sprache etwa nicht mächtig sein sollte. Der deutschen Sprache ist hier unter allen Umständen der Vorzug zu geben. Es gilt der Grundsatz, daß vor Gericht in deutscher Sprache zu verhandeln ist, wenn nicht alle Beteiligten die litauische Sprache beherrschen. Dieser Grundsatz ist bisher von den Litauern als durchaus berechtigt anerkannt worden; er entspricht sowohl den Bestimmungen des Memelstatuls wie den historisch gewordenen Gegebenheiten des Landes.

Der litauische Justizminister hat bestimmt, daß die Entscheidungen von Strafsechen wegen Vergehen gegen die Militärdienstpflicht im Memelgebiet den memelländischen Gerichten entzogen und den benachbarten litauischen Gerichten übertragen werden. Diese Bestimmung ist auf Grund des neuen litauischen Gerichtsverfassungsgesetzes getroffen worden. Dieses Gesetz, das im Gegensatz zum Memelstatut steht, hat bekanntlich einen schweren Konflikt zwischen der Zentralregierung und der autonomen Verwaltung des Memelgebietes hervorgerufen, der auch heute noch nicht beigelegt ist. Nach diesem Gesetz regelt die litauische Regierung die Zuständigket der Gerichte des Memelgebiets und beaufsichtigt sie, während Artikel 22 des Memelstatuts besagt, daß die Gerichtsverfassung im Memelgebiet der Regelung der autonomen Verwaltung unterliegt und die örtliche Gesetzgebung und Rechtsprechung keinen Einschränkungen unterworfen ist.

Ostpreußische Bevölkerungsfragen in litauischer Beleuchtung.

In der Nr. 289 der führenden litauischen Zeitung „Lietuvos Aidas“ vom 21. Dezember v. J. hat V. Prysmantas einen Artikel über „Preußisch-Litauen im XVI. Jahrhundert nach der Landkarte von Henneberger“ veröffentlicht, dessen Inhalt aus wissenschaftlichen wie aus nationalen Gründen zum Widerspruch herausfordert. Die Form des Aufsatzes ist in einen wissenschaftlichen Rahmen gespannt. Mannigfache, für einen Zeitungsartikel ungewöhnliche Hinweise auf vornehmlich deutsche Schriftwerke mit genauen Quellenbelegen könnten den Eindruck einer gründlichen Forschung erwecken. Bei näherer Überprüfung muß man jedoch feststellen, daß der Verfasser das besagte Thema von einseitigem Standpunkt und ohne die nötige wissenschaftliche Kritik in bezug auf die benutzten Quellen behandelt. In dem Aufsatz soll der Beweis erbracht werden, daß das Memel- wie Pregelgebiet einschließlich des Samlandes „urlitauischer Boden“ ist.

Der Verfasser spricht von den Litauern als den „Ureinwohnern“ jener Bezirke, die später von den Deutschen in manchen Orten verdrängt worden wären. Die alten Stämme Nadrauer, Sudauer, Schalauer und die geographische Ansetzung ihrer Gebiete ist nach dem Verfasser „für die Geschichte Litauens von großer Bedeutung“. Das Memel- und Pregelland belegt er mit der Bezeichnung „Klein-Litauen“! Hier setzt er „Szameiten“ an für eine Zeit, als der Orden noch in die von ihnen bewohnten Gebiete eingedrungen war. Die Samländer sollen nicht zum preußischen Volke gehört haben, sondern wären ebenfalls als „Szameiten“ zu betrachten. Weitere ähnliche Behauptungen werden zugunsten Litauens und einer Erweiterung seines ursprünglichen Gebietes vorgebracht.

Und welche Gründe führt der Verfasser als „Beweis“ an? Nur Scheingründe, die je nach Bedarf aus der ältesten urkundlichen Überlieferung oder der jüngeren Literatur herausgegriffen werden. Die neuesten Forschungsergebnisse, die die letzten Jahre auf dem fraglichen Wissensgebiet gebracht haben, hat sich der Verfasser leider nicht zu eigen gemacht. Danach kann aber von einem Urlitauertum in Ostpreußen einschließlich des Memelgebietes nicht mehr die Rede sein. Die Urkunden der Archive sprechen hier eine zu beredte Sprache. Erst nach 1500 hat eine größere Masse von Ansiedlern von litauisch-szameitischer Herkunft in Ostpreußen Boden gefaßt. Auch die Urkunden der Gräber, die die vorgeschichtliche Spatenforschung zutage gefördert hat, sprechen deutlich dafür, daß das sogenannte „Klein-Litauen“ des Prysmantas zum altpreußischen Kulturgebiet gehört hat.

Der Verfasser hätte sich seinem großen Landsmann Buga anvertrauen sollen, der unvoreingenommen und in wissenschaftlicher Parteilosigkeit dieselben Fragen im Sinne der neuesten deutschen Forschung behandelt und entschieden hat. Statt dessen rückt er von Buga und seinem Landsmann Salys, der 1930 dasselbe Problem im Bugaschen Sinne in einer Doktordissertation erörterte, ab, augenscheinlich geleitet von der sehr verfänglichen Tendenz, die Geschichte seines Vaterlandes zu erweitern über die jetzigen Grenzen hinaus auf Kosten der reinen Wissenschaftlichkeit und Wahrheit. Diese lassen sich aber nicht biegen und deuteln, und an ihnen scheitert deshalb Prysmantas Angriff auf altpreußischen Boden. Deutscherseits kann nur gewünscht werden, daß derartige Vorstöße unterbleiben, die wirklich nicht geeignet sind, eine wissenschaftliche Verständigung zwischen beiden Nachbarländern zu fördern.

Dr. W. Gaerte-Königsberg.

Ostland-Woche.

Grazynskis Personalpolitik.

Der Industriellenverband für Bielitz-Biala und Umgebung hat am 12. Februar d. J. an alle Industriebetriebe seines Bezirks ein vertrauliches Rundschreiben versandt („zu persönlichen Händen des Chefs“), das einen tiefen Einblick in die Nationalitätenpolitik des Kattowitzer Wojewoden Grazynski gewährt. Die wichtigsten Stellen dieses Rundschreibens lauten:

„Es ist Ihnen wohl nicht unbekannt, daß in der letzten Zeit wiederholt seitens der Behörden und insbesonders der schlesischen Wojewodschaft darauf hingewiesen wurde, daß die schlesischen Industriebetriebe unter ihren Angestellten einen verhältnismäßig geringen Prozentsatz polnischer Staatsbürger polnischer Muttersprache beschäftigen und daß in diesem Zusammenhang dringend aufgefordert wurde, dieses Verhältnis zu ändern.... Da offenbar noch immer in vielen Fällen unter den beschäftigten Angestellten ein Mißverhältnis zu ungunsten der polnischen Staatsbürger polnischer Muttersprache vorhanden ist, besteht die Wojewodschaft mit allem Nachdruck darauf, daß in dieser Richtung Änderungen eintreten. Wir selbst ersuchen Sie dringend, in Ihrem eigensten Interesse, so weit es nur irgendwie möglich ist und sobald wie möglich dieser Aufforderung zu entsprechen.“

„Gegenwärtig verlangt der Herr Wojewode die übersendung einer Statistik der vorgesehenen Personaländerungen in der Industrie von Bielitz, wobei der Ausweis namentlich und nicht ziffernmäßig gegeben werden muß. Um diesen Ausweis zusammenstellen zu können und überhaupt das ganze in dieser Angelegenheit erforderliche Material zur Verfügung zu haben, ersuchen wir höflichst, uns unbedingt bis spätestens 20. Februar d. J. folgendes einzusenden:

1. Eine Namensliste aller Ihrer derzeit Angestellten.
2. Bei jedem Angestellten anzugeben, ob er ist: a) fremder Staatsbürger, b) polnischer Staatsbürger polnischer Muttersprache, c) polnischer Staatsbürger deutscher Muttersprache, d) polnischer Staatsbürger anderer Muttersprache.
3. Dieselben Angaben, bezogen auf Ende 1932, um die inzwischen eingetretenen Änderungen erfassen zu können.“

Die „Bielitzer Zeitung“ bemerkt zu diesen Rundschreiben sehr richtig: „In ihm wurde der Existenz der deutschen Angestelltenschaft seitens des Industriellenverbandes das Todesurteil gesprochen; brutaler und kaltherziger könnte wohl der Vernichtungskampf nicht mehr angesagt werden.“ Der Wojewode Grazynski hat also eine namentliche Aufstellung aller in der Industrie des Bielitzer Bezirkes tätigen Angestellten, gesondert nach Staatsangehörigkeit und Muttersprache, verlangt. Er wird von allen Betrieben Rechenschaft darüber fordern, warum sie die deutschen Angestellten noch immer nicht trotz seiner wiederholten Mahnungen davongejagt haben. Er wird es — und das geht aus dem Inhalt obigen Rundschreibens hervor — nicht unterlassen, die Betriebe seine Macht fühlen zu lassen, deren Leiter es bisher an der von ihm gewünschten „patriotischen“ Gesinnung haben fehlen lassen. Auch das geschieht im Zeichen des deutsch-polnischen Verständigungspaktes!

Der Prozeß um die Volksbundjugend.

Am 26. u. 27. Februar standen vor dem Kattowitzer Burggericht elf Angehörige der ehemaligen Volksbundjugend, die wegen „Geheimbündelei“ angeklagt waren. Zwei der Angeklagten saßen bereits seit etwa Mitte vorigen Jahres in Untersuchungshaft. Der Anklagevertreter, der aus einer Reihe von Deutschtumsprozessen bekannte Unterstaatsanwalt Dr. Nowotny, ließ sich durch keine noch so zwingenden Argumente von der Ansicht abbringen, daß im Falle der Volksbundjugend unbedingt „Geheimbündelei“ vorgelegen haben müsse. Zunächst hat die im letzten Jahre verbotene Volksbundjugend niemals eine eigene Organisation dargestellt; sondern sie ist nur ein loser Zusammenschluß der jugendlichen Mitglieder des Volksbundes gewesen, die es sich zum Ziel gesetzt hatten, den überalterten Bund mit neuem Leben zu durchdringen. Die Volksbundjugend hat weder Vorstand noch Satzung gehabt, noch hat sie eigene Mitgliedsbeiträge erhoben. Ihre Zusammenkünfte sind niemals geheim gehalten und oft sogar in Gegenwart von Polizeiorganen abgehalten worden. Wenn bei diesen Versammlungen hin und wieder Posten ausgestellt worden sind, so haben die wiederholten überfälle von seiten polnischer Aufständischer und sonstiger Chauvinisten die Notwendigkeit einer solchen Sicherungsmaßnahme leider nur zu deutlich bewiesen. Der Anklagevertreter blieb auf dem Vorwurf der Geheimbündelei bestehen. Das Gericht lehnte die Ladung von Entlastungszeugen ab. Die Anklage stützte sich auf die Angaben von Polizeiorganen und Polizeispitzeln. Das Urteil lautete gegen die beiden Hauptangeklagten, die seit 7 Monaten in Untersuchungshaft gehalten wurden, Glodny und Stachulla, je 10 Monate und gegen die übrigen 9 Angeklagten je 6 Monate Gefängnis. Mit Rücksicht auf die Unbescholtenheit der „Schuldigen“ und ihr zum Teil jugendliches Alter, wurde ihnen eine dreijährige Bewährungsfrist zugebilligt. Glodny und Stachulla wurden sofort auf freien Fuß gesetzt. Verglichen mit früher in ähnlichen Fällen verhängten Strafen ist das Urteil als milde zu bezeichnen. Auffällig ist auch, daß das polnische Gericht diesen Prozeß nicht, wie vermutet wurde, dazu benutzt hat, einen Vorwand für die Auflösung des Deutschen Volksbundes in Ostoberschlesien zu konstruieren.

Der Graudenzer Mord vor Gericht.

Vor der Strafkammer des Bezirksgerichtes in Graudenz fand der Prozeß wegen der blutigen Vorgänge am 23. November v. J. statt. Damals wurde ein überfall auf eine geschlossene deutsche Vertrauensmännerversammlung verübt. Nach dem mißglückten Versuch, die Versammlung zu sprengen, wurden die heimkehrenden Deutschen in eine dunkle Seitenstraße abgedrängt und mehrere von ihnen wurden durch Messerstiche verwundet. Der Schmiedemeister Krumm und der Installateur Riebold erlagen ihren Verletzungen. Vor Gericht standen jetzt 13 Angeklagte. Die Anklageschrift hielt ihre Teilnahme an den Mißhandlungen auf Grund der Voruntersuchung für erwiesen. Es sei jedoch nicht festzustellen gewesen, wer die tödlichen Verletzungen verursacht habe. Der Staatsanwalt hatte aus diesem Grunde Bestrafung nicht wegen Mordes, sondern nur wegen Teilnahme an einer Mißhandlung beantragt. Die Höchststrafe beträgt hierfür 5 Jahre Gefängnis. Vier der Angeklagten sind bereits wegen Einbruchsdiebstahls und anderer Vergehen vorbestraft. Sämtliche Angeklagten gehören dem polnischen Schützenverband an. Ein Angeklagter wurde zu drei Jahren, ein Angeklagter zu 2½ Jahren, vier Angeklagte zu 2 Jahren, ein Angeklagter zu 1½ Jahren, ein Angeklagter zu 1 Jahr, und zwei Angeklagte zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Allen Verurteilten wurde die Untersuchungshaft angerechnet. Vier Verurteilten wurden Strafaussetzungen auf fünf Jahre gewährt. Drei Angeklagte wurden freigesprochen. Die Forderung der Hinterbliebenen der Ermordeten auf formelle Anerkennung ihrer Schadensersatzansprüche wurde antragsgemäß durch Bewilligung einer erstmaligen Rente von 100 Zloty bewilligt. In der Urteilsbegründung wurde als strafverschärfend die außerordentliche Roheit bei der Ausführung der Tat hervorgehoben.

Deutsche in Loslau mißhandelt.

In Loslau bei Rybnick kam es am 20. Februar zu Ausschreitungen gegen Mitglieder der Deutschen Partei. Eine Anzahl Vertrauensmänner der Deutschen Partei aus der Umgegend von Loslau, die sich zu einer Versammlung begeben wollten, wurden unterwegs angehalten, durchsucht und gezwungen, ihre Mitgliedskarten abzugeben. Am schlimmsten erging es den Vertrauensmännern Mandera aus Koboschütz und Janczyk aus Zawada, die in eine polnische Gastwirtschaft geschleppt und dort schwer verprügelt wurden. Die Ortsgruppe Loslau der Deutschen Partei hat bei der Polizei Anzeige erstattet.

Woldemaras wieder verbannt!

Der frühere litauische Ministerpräsident Professor Woldemaras, der seit seiner Rückkehr aus dem Auslande im vergangenen Sommer sich ununterbrochen in Kowno aufhielt, ist am 27. Februar auf Anordnung der Staatssicherheitspolizei nach seinem früheren Verbannungsort Eshereny verschickt worden. Beamte der Staatssicherheitspolizei erschienen am frühen Morgen im Hotel und forderten Woldemaras kurzerhand auf, Kowno in ihrer Begleitung zu verlassen. In einem bereitstehenden Auto wurde Woldemaras mit seiner Gattin dann abgeschoben. Wie verlautet, erfolgte die Ausweisung aus dem Grunde, weil Woldemaras in letzter Zeit „ein die Staatssicherheit gefährdendes Verhalten“ an den Tag legte.

Deutsche Studenten in Polen.

Am 23. Februar trafen in Warschau 30 deutsche Studenten der Königsberger Universität unter Führung der Professoren Schurig und Franck zu einem mehrmöchentlichen Besuche Polens ein. Die Deutschen waren in Warschau Gäste des polnischen akademischen Vereins für internationale Annäherung „Liga“. Am folgenden Tage fuhren sie nach dem Kurort Zakopane, wo sie drei Wochen bleiben werden.

Polnisches Gerichtsurteil für Hitler.

Auf Veranlassung des Rybniker Amtsgerichts wurde die Nummer 4 der politisch-satirischen Zeitschrift „Die Spritze“ wegen eines Verstoßes gegen § 111 des Strafgesetzbuches beschlagnahmt. In dieser Nummer war Reichskanzler Hitler dreimal karikiert worden. Das Gericht erblickte in den Karikaturen eine Beleidigung eines fremden Staatsoberhauptes. — Leider macht eine Schwalbe noch keinen Frühling. Bei der „Spritze“ handelt es sich um ein deutschsprachiges Hetzblatt eines üblen Renegaten.

Deutscher Schulwagen in Birkenthal zerstört.

Eine unerhörte Tat haben sich polnische chauvinistische Elemente in Birkenthal (Ostoberschlesien) geleistet. Sie zerstörten den Schulwagen des Deutschen Schulvereins, mit dem die deutschen Kinder von Birkenthal und Umgebung täglich in die Anhalter Schule fahren. Die Planen des Wagens wurden zerrissen und zerschnitten, die Türen zerschlagen und die Trümmer in den Straßengraben geworfen, die Fenster und der im Wegen aufgestellte Ofen

wurden zerstört. Der Wagen kann gegenwärtig von den Kindern nicht mehr benutzt werden, so daß diese — es sind etwa dreißig — die Schule nicht besuchen, weil der Schulweg für sie etwa 1½ bis 2 Stunden beträgt, den sie zu Fuß nicht zurücklegen können.

Zur Ermordung des Appellationsgerichtsrates Prince.

Im Zusammenhang mit der Stavisky-Affäre wurde das mit der Untersuchung des Skandals betraute Mitglied des Pariser Appellationsgerichtes Albert Prince von unbekannten Tätern in Dijon ermordet. Prince ist kein Unbekannter in Deutschland; er hat in Oberschlesien während der interalliierten Besetzung eine für das Deutschtum verhängnisvolle Rolle gespielt. Er hat dort als Oberstaatsanwalt beim Sondergericht der Interalliierten Kommission in Oppeln zu den hervorragendsten Helfershelfern des Generals Le Rond gehört. In dieser Stellung hat Prince die eindeutig gegen Deutschland gerichtete Politik des Präsidenten Le Rond mit aller Kraft unterstützt. Während die schlimmsten Verbrechen der Aufständischen für ihn nicht vorhanden waren, deren Vorgehen sich doch eindeutig gegen die Interalliierte Kommission selbst als Träger der Regierungsgewalt in Oberschlesien richtete, suchte er die deutsche Abwehr mit aller Macht zu knebeln. Die beklagenswerten Opfer seiner Verfolgungspolitik fand er beim oberschlesischen Selbstschutz. Eine ganze Reihe Selbstschutzkämpfer wurde auf sein Betreiben zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt, die sie in Gefängnissen des besetzten Rheinlandes zu verbüßen hatten. Die besondere Abneigung des französischen Oberstaatsanwalts bekam ferner die deutsche Presse des Abstimmungsgebietes zu spüren. Keine deutsche Zeitung blieb von Verboten verschont, und die Schriftleiter fast aller deutschen Blätter wurden unter Anklage gestellt, während die Aufständischenpresse von Prince trotz schlimmster Hetze nicht ein einziges Mal behelligt wurde. Eine besondere Leistung des Oberstaatsanwalts war der Erlaß eines Haftbefehls gegen den Schriftleiter Julius Fritsche unter der Beschuldigung, daß er durch Zeitungsaufsätze den zweiten Aufstand hervorgerufen habe. Es ist verständlich, daß der Tod dieses Henkers der oberschlesischen Deutschen in Oberschlesien ganz besonders beachtet wird und die Frage aufwirft, ob das an ihm verübte Verbrechen ebenso ungesühnt bleiben wird, wie er die polnischen Verbrechen in Oberschlesien dereinst ungesühnt ließ.

Hungersnot im Wilnagebiet.

Nach einer Meldung des „Dziennik Wilenski" war in einer Anzahl von Kreisen des Wilnagebietes die letzte Ernte so schlecht, daß die Einwohner dieser Kreise schon seit langem keine Nahrungsmittel mehr haben, von den Reserven für die Aussaat gar nicht zu reden. Schon frühzeitig wurden die ersten Nachrichten über diese Lage bekannt, aber erst im Dezember, als der Hunger zur Katastrophe wurde, wurden Maßnahmen ergriffen. Die Aktionen der örtlichen Behörden reichten nicht aus. Die Zahl der Hungernden wuchs. Nach den verschiedenen Nachrichten der wirtschaftlichen Organisationen und Selbstverwaltungen wird man 20 000 Familien, das sind mehr als 80 000 Menschen, vor dem Hunger bewahren müssen. Man muß annehmen, daß die Zahl der Hungernden noch größer wird, besonders im Frühjahr. Die Dorfeinwohner leben unter fürchterlichen Verhältnissen, und mehr als einer ist schon Hungers gestorben. Gras, Baumrinde und Heidekraut dienen als Nahrung. Außerdem hat der Hunger zu einer Typhusepidemie geführt, die immer schlimmere Ausmaße annimmt.

Tilsit ohne Kleinen Grenzverkehr.

Auf der Luisenbrücke in Tilsit steht seit dem 20. Februar ein Schild mit der Aufschrift: „Das Geld bleibt hier, die Ware dort. Der Kleine Grenzverkehr fällt fort!" SS. ist am Zugang zur Brücke postiert, um den Tilsitern, den Tilsiter Hausfrauen vor allem, die es seit Jahren gewohnt sind, die billigeren Lebensmittel von jenseits der Grenze zu holen, während die heimischen Geschäftsleute als Leidtragende das Nachsehen hatten, zum Bewußtsein zu bringen, daß sich ihr bisheriges Verhalten weder mit der wirtschaftlichen Aufbauarbeit des Nationalsozialismus noch mit der außenpolitischen Lage vereinbaren läßt. Mit der Abdrosselung des Kleinen Grenzverkehrs zwischen Ostpreußen und Memelland-Litauen ist Ernst gemacht worden. Etwa 4½ Millionen RM. sind über die Tilsiter Luisenbrücke bisher alljährlich ins Ausland gebracht worden für Butter, Fleisch, Mehl, Backwaren, Eier, Käse und andere Waren. Der Kleine Grenzverkehr hatte im Laufe der Zeit derart überhand genommen, daß sich in vielen kleinen Orten an der ostpreußischen Memelgrenze keine Bäcker und Fleischer mehr zu halten vermochten, da es die Bevölkerung vorzog, ihren Lebensmittelbedarf „drüben" zu decken. Wie weit es unter dem bisherigen System gekommen war, das wurde erst in dem Augenblick offenbar, in dem der Grenzverkehr plötzlich abgestoppt wurde. In die kleineren Ortschaften mußten von Tilsit, Ragnit und Kaukehmen aus Lastautos mit Lebensmitteln in Marsch gesetzt werden — und das in einer Gegend, die fast ausschließlich Landwirtschaft treibt. Die SS. erfüllt ihre Aufgabe, den Grenzbewohnern wirtschaftliche Grenzdisziplin beizubringen, in höflicher Form und mit sichtlichem Erfolg. Wer öffentlich ohne Einkaufsabsichten die Grenze passieren will, kann dies nach wie vor ohne Behinderung tun. Auch der Großverkehr mit lebendem Vieh, mit Holz oder Heu wickelt sich ab wie bisher. Nur die Fuhren, in denen ja erfahrungsgemäß manches eingeschmuggelt werden kann, werden von den Grenzbeamten pflichtgemäß kontrolliert. Drüben in Übermemel, wo sich bisher ein schwunghafter Handel abspielte, wo für die Belieferung der einkaufenden Tilsiter eine ganze Holzhaus- und Budenstadt entstanden war, ist es einsam geworden. Gewiß wird manche Hausfrau in Tilsit es zunächst einmal schmerzlich empfinden, daß sie jetzt nicht mehr in der gewohnten Weise die billigen Lebensmittel jenseits der Grenze einkaufen kann und mit ihrem Haushaltsgeld etwas sorgsamer umgehen muß. Aber sie wird bei einiger Überlegung doch zu der Einsicht gelangen, daß sie — bei gleichem Verdienst — gegenüber den Hausfrauen in anderen, weniger grenznahen Orten bisher einen Vorzug genossen hat, der schließlich zum Ruin der heimischen Geschäftsleute und zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit geführt hat. Dafür, daß das Abstoppen des Kleinen Grenzverkehrs nicht etwa zu einer gewissenlosen Preistreiberei ausgenutzt wird, wird die NS.-Hago zu sorgen verstehen.

Ukrainische Kommunisten vor Gericht.

In Luck (Polnisch-Wolhynien) findet zur Zeit ein Prozeß gegen 57 ukrainische Kommunisten statt, die des Hochverrats angeklagt sind. Ihnen wird vorgeworfen, einen bewaffneten Aufstand vorbereitet zu haben, mit dem Ziel, die polnischen Ostgebiete, die vornehmlich von Ukrainern bewohnt sind, von Polen abzutrennen, um sie an die Sowjetukraine anzugliedern. Die Angeklagten haben eine mehrjährige Untersuchungshaft hinter sich; sie wurden bereits während der Terrorwahlen im Herbst 1930 verhaftet. Mit der Anlegenheit der Lucker Kommunisten hat sich die Weltöffentlichkeit bereits vor drei Jahren beschäftigt, als bekannt wurde, daß die Gefangenen grausamen Martern im Lucker Gefängnis ausgesetzt seien. Es mußte eine Untersuchung eingeleitet werden, die das Ergebnis hatte, daß der Gefängniskommandant abgesetzt und mehrere Beamte strafversetzt wurden. Der Prozeß gehört zu den größten politischen Prozessen, die bisher in Polen stattgefunden haben.

Die polnischen Bischöfe gegen die Pilsudski-Jugend.

Im Fastenhirtenbrief des polnischen Episkopats ist ein Abschnitt enthalten, der sich gegen die „Legion der Jungen", die Jugendorganisation des polnischen Regierungslagers, wendet. Die Bischöfe werfen ihr vor, daß Gottlosigkeit und kommunistische Tendenzen sich in ihr ausbreiten. Dieser Vorwurf betrifft indessen nicht politischen Kommunismus, sondern „Kulturbolschewismus", der sich in der Stellungnahme der Jugend zu sittlichen Problemen zeige. Die Bischöfe erklären, daß die „Legion der Jungen" den von der Kirche verbotenen Vereinen gleichgeachtet werden müßte, wenn die kirchenfeindliche Richtung des Verbandes sich nicht ändere. Die offiziöse „Gazeta Polska" wendet sich gegen diesen Hirtenbrief „im Namen der Gerechtigkeit". Das Blatt erklärt, die Ansicht der Bischöfe für falsch, nach der die „Legion der Jungen" bolschewisierenden Tendenzen zuneige und betont, daß die Legion „nationalistisch und radikal-sozial" eingestellt sei.

Umbildungen im polnischen Kabinett.

Mit der Leitung des polnischen Unterrichtsministeriums wurde am 24. Februar der bisherige Vizeminister im Finanzministerium, Waclaw Jendrzejewicz, ein Bruder des Ministerpräsidenten, betraut. Das Unterrichtsministerium wurde bisher vom Ministerpräsidenten Jendrzejewicz verwaltet, der nunmehr infolge Arbeitsüberbürdung dieses Amt seinem Bruder abgegeben hat. Der neue Minister war als aktiver Offizier Leiter des polnischen Geheimdienstes, später arbeitete er mehrere Jahre im Finanzministerium.

Die geplatzte Geduld.

Ein jüdisches Blatt in Riga, die „Owntpost", gab vor kurzem in einem Aufsatz die jüdische Meinung über das baltische Deutschtum zum besten. Das Blatt schrieb unter der Überschrift: „Unsere Geduld platzt" folgendes: „Der zynisch-hooliganistische Antisemitismus des Deutschtums in Lettland zwingt uns zu einer Revision unserer (also der jüdischen) Einstellung gegenüber dem hiesigen Deutschtum. . Die hiesigen Deutschen begnügen sich nun nicht mehr mit dem niederträchtigen Material des „Latvis" (einer lettischen Zeitung, die in letzter Zeit stark antisemitisch schreibt); sie wollen nun das Judentum mit „Originaldenunziationen" einschüchtern. Die Spionage der Deutschbalten zugunsten Deutschlands (!) und ihre Verbeugungen vor Hitler sind nicht nur einmal erwiesen... Die Maske ist gelüftet, die bisher das „judenfresserische" Gesicht der hiesigen Barone und baltischen Landsknechte verbergen sollte... Die Deutschen, die sich über Hitlers unverantwortliche Boykott- und Terrormittel begeistern, sie, die unschuldigen Lämmer, empören sich über einen friedlichen, jüdischen Verteidigungskampf!... Mit judenfresserischen Nachbarn kann das Judentum nichts gemein haben. Wir müssen uns überlegen, ob es nicht schon höchste Zeit ist, unser Verhältnis endgültig und von Grund auf zu ändern. Diese Umstellung muß eintreten, und zwar schnell! Unsere Geduld, die langerprobte, jüdische Geduld, ist am Ende!... Ein jedes Kind in der Wiege weiß, daß der Hitlerismus ein Feind der baltischen Staaten ist, und daß er die baltischen Völker genau so versklaven will, wie die nichtarische Bevölkerung bei sich zu Hause... Juden, bewahrt eure Ehre, besucht keine deutschen Filme und kauft keine deutschen Waren!"

Der polnische Aufstand in Posen.

(31. Fortsetzung.) Von Hermann Pischke.

Verwüstungen in den deutschen Zeitungsverlagen.

Eigenartig war es den Zeitungsverlagen in Posen ergangen. In der Stadt Posen erschienen drei größere deutsche Zeitungen: Das „Posener Tageblatt", ein konservatives Organ, die „Posener Zeitung" mit nationalliberaler Haltung und die „Posener Neueste Nachrichten", welche die Gedanken des linksgerichteten Freisinns vertraten. Letztere hatten auch vor dem Kriege eine polenfreundliche Haltung eingenommen und oft im Stile des radikalen Freisinns gegen Maßnahmen der Regierung gewettert. Sie standen auch jetzt den Polen freundlich gegenüber und warben für einen freundschaftlichen Ausgleich, der von der anderen Seite nicht beachtet wurde. Diesen Verlag und die Zeitung ließen die Polen aber in Ruhe. Das Blatt ging bald danach in ihre Hände über. In der „Posener Zeitung" aber erschien am Vormittage des 26. Dezember ein Kommando Soldaten mit Waffen, Handgranaten und Werkzeugen. Sie vertrieben das leitende Personal, machten die Druckmaschinen unbrauchbar und richteten eine unglaubliche Verwüstung an, wie ich bei meinem Besuch feststellen konnte. Erst später stellte sich heraus, daß die Soldaten einen Auftrag falsch ausgeführt hatten. Der Befehl hatte eigentlich auf die Verwüstung der Ostdeutschen Verlagsanstalt, also den Verlag des „Posener Tageblattes" und der „Ostdeutschen Warte" sowie der „Posener Lehrerzeitung", gelautet, dessen Verlagsdirektor und Hauptschriftleiter bei den Polen der bestgehaßte Mann war. Als man das Versehen bemerkte, sollte der Auftrag nachgeholt werden. Aber von der „Posener Zeitung" war durch Draht die Nachricht von der Verwüstung der Druckerei und der Geschäftsstelle sofort an das „Posener Tageblatt" weitergegeben worden. Man war also vorbereitet, als das Kommando von zwanzig Mann mit geladenen Gewehren, Revolvern und Handgranaten in die Verlagsanstalt einrückte. Dadurch wurde eine gleiche Verwüstung und schwere Beschädigung der kostbaren Maschinen vermieden. Der Verlag wurde aber gezwungen, das Erscheinen der Zeitung einzustellen. Das Austragen der Mittagsausgabe war schon dadurch unterbunden worden, daß den Austrägern die Zeitungen abgenommen und zerrissen wurden. Der gesamte Betrieb wurde stillgelegt. Man gab sich die erdenklichste Mühe, den Verlagsdirektor zu finden. Er war aber durch den hinteren Ausgang entwischt und nicht zu finden. Höchstwahrscheinlich verdankt er dem die Rettung seines Lebens. In der nächsten Nacht erschienen auch vor seiner Wohnung, die sich in einem alleinstehenden Hause in der Karlstraße in der Vorstadt Jersitz befand, polnische Soldaten. Er war aber auch hier auf der Hut. Die helle Nacht gestattete es ihm, die Feldgrauen durch das Fenster zu erkennen. Er verschwand in den Keller und wußte sich so zu verbergen, daß man ihn trotz der gründlichsten Durchsuchung aller nur möglichen Räume nicht fand. Dazu hatte das eingewärmte Bett seine frühere Anwesenheit im Hause verraten. Als die Gefahr beseitigt war, entkam er in einem Kraftwagen nach Frankfurt (Oder). Er wurde der Begründer des Deutschen Ostbundes. Es war der langjährige Direktor und Präsident des Deutschen Ostbundes, Emanuel Ginschel. Der polnische Stadtkommandant verbot darauf das Erscheinen des „Posener Tageblattes". Die Deutschen waren von nun an auf die höchst unzuverlässigen Mitteilungen in den „Neuesten Nachrichten" oder gar auf die feindlichen der polnischen Zeitungen angewiesen. Erst an dem 2. Januar 1919 wurde das Erscheinen der Zeitung unter polnischer Vorzensur wieder erlaubt, und das „Posener Tageblatt" und die „Ostdeutsche Warte" erschienen wieder vom 4. Januar ab. Die freie Meinungsäußerung war aber durch die Vorzensur und das Standrecht unterbunden.

Standrecht, Entfernung der Offiziere, Entwaffnung.

Am Nachmittage des 28. Dezember fand eine Versammlung deutscher und polnischer Behörden statt. Es waren vertreten: Das Generalkommando mit dem stellvertretenden Kommandierenden General von Bock und Polach selbst, der Deutsche Volksrat, der Arbeiter- und Soldatenrat unter dem Vorsitz des Polen Rydelewski und der Polnische Volksrat. In der Versammlung soll es sehr aufgeregt hergegangen sein. Es kam darin zu folgendem Beschluß:

„Über die Stadt Posen ist bis auf weiteres vom heutigen Tage ab das Standrecht verhängt. Alle Zivilpersonen dürfen nach 5 Uhr abends die Wohnung nicht verlassen mit Ausnahme von Mitgliedern des Vollzugsausschusses, der Sanitätspersonen und der Polizeiorgane. Das Versammlungsrecht ist bis auf weiteres aufgehoben. Alle bisher ausgestellten Waffenscheine sind ungültig. Alle Offiziere sind sofort zu entwaffnen und haben ihre Rangabzeichen abzulegen. Alle Mannschaften, sofern sie nicht zum Wach- und Sicherheitsdienst gehören, haben unbewaffnet in der Stadt zu erscheinen. Die Offiziere, sofern sie nicht unbedingt in der Garnison benötigt werden, haben sofort die Stadt zu verlassen. Offiziere, die zwecks Durchführung der Demobilisation in der Stadt verbleiben müssen, haben sich sofort mit neuen Ausweisen zu versehen. Zuwiderhandelnde werden vor das Standgericht gestellt und nach Kriegsgesetz bestraft. Umzüge und Menschenansammlungen sowie Theater- und Kinovorstellungen sind vorläufig untersagt."

Dadurch wurde das noch in Posen vorhandene Militär führerlos gemacht und entwaffnet. Das Kommando in der Festung und Stadt Posen war durch Beschluß der Versammlung in die Hand der Polen übergegangen. Der polnische Rechtsanwalt und deutsche Hauptmann Mariaszek war zum Stadtkommandanten ernannt und ihm der deutsche Hauptmann Andersch zum Beirat und Stellvertreter beigegeben. Damit war der Kommandierende General in Wirklichkeit abgesetzt, da er seiner Macht entkleidet war. Das Elend seiner Lage scheint ihm noch nicht ganz zum Bewußtsein gekommen zu sein. Bei der Abstimmung enthielt er sich der Stimme. Die Polen nahmen davon — nicht unverdient — keine Notiz. Der Beschluß erschien auch mit seinem Namenszuge. Der Oberpräsident und der Regierungspräsident legten aber am nächsten Tage ihre Ämter nieder. Der stellvertretende Kommandierende General blieb. Doch nur noch für einige Tage.

Der Wortlaut des vorstehenden Beschlusses wurde durch Extrablatt verbreitet und öffentlich angeschlagen. Zu gleicher Zeit veröffentlichte der Kommandierende General zusammen mit dem Schlichtungsausschuß des A.- und S.-Rates folgenden Korpsbefehl:

Der Korpsbefehl des Kommandierenden Generals.

„Nachdem ich am 27. d. M. vormittags bei einer Versammlung im Generalkommando die Herren Truppenkommandeure und die Herren vom Soldatenrat dringend gebeten hatte, ihren ganzen Einfluß einzusetzen, um Reibungen und Streitigkeiten zwischen Soldaten deutscher und polnischer Abstammung vorzubeugen, ist es bedauerlicherweise an demselben Abend zu Zusammenstößen zwischen Deutschen und Polen gekommen. Hierbei ist von der Waffe Gebrauch gemacht worden. Es sind leider Menschenleben zu beklagen. Die Schuldfrage konnte bisher noch nicht geklärt werden. Ich spreche die bestimmte Erwartung aus, daß zukünftig solche verwerflichen Zusammenstöße vermieden werden. Hierzu fordere ich nochmals die Mitwirkung aller in Betracht kommenden Stellen. Ich erinnere daran, daß alle jetzigen und früheren Angehörigen des Heeres und der Marine über vier Jahre hindurch alle Gefahren und Strapazen und Nöte des Krieges gemeinsam getragen und innerhalb ihrer Truppenteile Schulter an Schulter ohne Unterschied der Nationalität treue Kameradschaft gehalten haben. Darum muß auch während des Waffenstillstandes trotz politischer Gegensätze ein erträgliches Verhältnis gewahrt werden, und die endgültige Entscheidung zwischen beiden Nationen dem Friedenskongreß vorbehalten bleiben. Soldaten, haltet mit ehrlichem Willen Ruhe und Ordnung! Unterlaßt vor allem Demonstrationen und meidet die Straßen!"

Diesem Korpsbefehl war ein Anhang beigefügt, der die folgende Bekanntmachung enthielt:

„Ich bringe zur Kenntnis aller Truppenteile und militärischen Dienststellen, daß, wie mir erst am 27. d. M. abends bekanntgeworden ist, seit dem 26. Dezember eine englische Mission, bestehend aus mehreren Offizieren und Zivilpersonen in der Stadt Posen (Hotel Bazar) weilt, welche sich nach ihren Angaben im Einverständnis mit der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa einige Tage in der Stadt aufhalten wird.

Diese Mission steht unter dem Schutz des Völkerrechts und darf infolgedessen in keiner Weise angegriffen oder auch nur belästigt werden. Verstöße gegen die Schutzbestimmungen würden scharfe Repressalien gegen das deutsche Volk zur Folge haben. Bei Ausfahrten führt die Mission die englische Flagge."

Dieser Korpsbefehl war überflüssig. Er konnte nur die deutschen Soldaten binden. Die Polen beachteten ihn nicht. Er war auch für die Deutschen nachteilig, denn die Polen leiteten namentlich aus den Schlußsätzen die Schuld der deutschen Soldaten an dem Putsch her und gebrauchten ihn als Beweisstück. Der Anhang war verfrüht. Bald nach der Tagung traf ein längeres Telegramm des Auswärtigen Amtes ein, das feststellte, daß nur Paderewski allein die Erlaubnis erhalten habe, von Danzig nach Warschau und nicht nach Posen zu reisen. Der Oberpräsident wurde beauftragt, den Inhalt den Herren bekanntzugeben. Er ist auch im Bazar erschienen und hat das Telegramm verlesen.

Aufruf und Darstellung in Berichten.

Auch von privater Seite wurde der Versuch unternommen, die Einwohnerschaft der Stadt Posen zur Ruhe zu weisen. Der Verleger der „Posener Neuesten Nachrichten", Wagner, gab die Anregung zu einem Aufruf, der noch am 28. Dezember im Extrablatt ausgeteilt und überall öffentlich angeschlagen wurde. Er hat folgenden Wortlaut:

„Mitbürger!

Die außerordentlich beklagenswerten Vorkommnisse des gestrigen Tages dürfen sich nicht wiederholen. Haltet Ruhe und Ordnung im Interesse eurer eigenen Sicherheit. Weist jeden energisch in die Schranken, der sich herausfordernd gegen andersdenkende Mitbürger benimmt. Vergreift euch nicht an Fahnenschmuck! Nehmt die Kinder von der Straße. Vermeidet Ansammlungen!

Nochmals: Mitbürger! Es ist heiligste Pflicht, Ruhe und Ordnung zu bewahren."

Diesen Aufruf hatte sowohl der deutsche wie der polnische Volksrat unterzeichnet, dazu auch der Soldatenrat und von den Zeitungen die „Neuesten Nachrichten" und das „Posener Tageblatt".

An demselben Tage erschien auch von dem Soldatenrat eine kurze Darstellung der Vorgänge bei dem Putsch in Nr. 59/67 der „Posener Neuesten Nachrichten". Er ist polnisch beeinflußt und hat folgenden Wortlaut:

Gegen 5 Uhr nachmittags erbat sich der vom Soldatenrat beauftragte Leiter des Sicherheitsdienstes im Polizeipräsidium, Blankertz, militärischen Schutz vom Feldartillerieregiment 20. Dieser kam mit zwei Maschinengewehren, die vor dem Dienstgebäude nach dem Wilhelmsplatz zu aufgestellt wurden. Bei der allgemeinen Aufregung fiel von irgendeiner Seite (ob von den Sicherheitsmannschaften oder von der Straße ist nicht festzustellen) der erste Schuß. Es entspann sich ein Feuergefecht mit Maschinengewehren und Handgranaten. Um unnützes Blutvergießen zu vermeiden, wurden zwischen Delegierten des polnischen Bürgerwehrkommandanten und solchen des Polizeipräsidiums verhandelt. Während die ersteren im Polizeipräsidium weilten, fielen draußen neue Schüsse. Es gelang, eine Einigung zu erzielen, dahingehend, daß die Mannschaften vom Feldartillerieregiment mit Waffen, aber ohne Munition, abziehen konnten. Das geschah, die deutschen Kameraden vom Feldartillerieregiment fügten sich. Um einen mißverständlichen Angriff auf sie zu verhüten, wurden sie von drei Gruppen polnischer Bürgerwehr eskortiert. Auf dem Polizeipräsidium blieben 24 Deutsche und 24 polnische Soldaten bis heute Morgen als Wache zurück.

Die Schießerei vor dem Schloß soll dadurch entstanden sein, daß etwa 100 Mann von der Grenadierkaserne heranrückten. Sie sind nach kurzem Kampf entwaffnet worden. Die Spuren des Gefechtes sind an den Kugeleinschlägen sowohl bei dem Landschaftsgebäude, wie bei der Oberpostdirektion zu sehen. Am Wilhelmsplatz sind eine Anzahl von Schaufensterscheiben zerschossen.

Der Hauptbahnhof ist von Soldaten polnischer Nationalität besetzt worden, ebenso das Generalkommando."

Auch der polnische Volksrat nahm Gelegenheit, so früh wie möglich dem Wolffschen Telegraphenbüro die Nachricht über den Putsch zu übermitteln, um durch die lügenhafte Meldung die Berichterstattung von vornherein zu beherrschen und Stimmung für die Polen zu machen. Das Telegramm heißt:

„Gegen Abend erschien im Hause des Obersten polnischen Volksrates ein Offizier mit einer Abteilung Soldaten, die ein Maschinengewehr mit sich führten. Unter Androhung von Gewalt drangen sie in die Amtszimmer der Kommissare und rissen die englischen, französischen und amerikanischen Fahnen herunter, die zu Ehren der englischen Kommission ausgehängt waren. Sodann marschierten die Soldaten zum Wilhelmsplatz und begannen hier ein Gewehr- und Maschinengewehrfeuer gegen das Hotel Bazar, in dem Paderewski mit Frau und die englische Kommission wohnen. Von den polnischen Mannschaften wurde das Feuer zunächst nicht erwidert. Ein Mitglied des Kommissariats ging unter den polnischen Mannschaften herum und forderte sie zur Ruhe auf und verbot das Schießen. Als das Feuer nicht aufhörte und es auf polnischer Seite Verwundete gab, wurde auch von polnischer Seite das Feuer erwidert. Auf beiden Seiten gab es Tote und Verwundete, deren Zahl noch nicht festzustellen ist. Der deutsche Vertreter des Soldatenrates im Polizeipräsidium, Blankertz, erschien im Hotel Bazar und erklärte vor den Kommissaren des polnischen Obersten Volksrates, daß die Unruhen nur in der Provokation der Mannschaften des 6. Grenadierregiments zu suchen seien, deren Urheber streng bestraft werden sollen. Es wurde sodann zwischen den deutschen und den polnischen Mannschaften die Einstellung des Kampfes vereinbart. Beide Teile sollten ihre Truppen zurückziehen. Trotzdem wurde von den deutschen Mannschaften weitergeschossen. Inzwischen begab sich eine Vertretung der englischen Kommission, bestehend aus dem Kommandanten Rawlings und polnischen Vertretern, zum Generalkommando, um gegen die Ausschreitungen zu protestieren. Der Kommandierende General erklärte, daß er gegenüber den Soldaten machtlos sei. Auf weitere Bemerkungen über das Herunterreißen der Fahnen der Entente erklärte General Schimmelpfennig, daß man doch in Preußen sei und feindliche Fahnen nicht geduldet würden. Auf diese Antwort des Generalmajors verließen die englischen und polnischen Vertreter unter Abbrechung der Verhandlungen das Generalkommando. Ein Bericht an die Alliierten ist bereits ergangen."

Zu dieser Fassung hat der „Kurjer Poznanski" vom 29. Dezember eine Umschreibung gegeben, die die Kriegsschuldlüge des Versailler Traktats in ihrer Art für den Posener Putsch vorwegnimmt. Nach dieser Darstellung „stellt Blankertz fest", daß „die Unruhen durch die Soldaten des 6. Grenadierregiments veranlaßt worden sind". Hier wie da kennt man die eigene Schuld und schiebt der Gegenpartei trotzdem ein Schuldbekenntnis unter, um die Welt zu täuschen. Auch sonst vergröbert und erweitert sie die Fassung des Wolffschen Telegraphenbüros und belastet sie durch weitere Lügen. Der Trick der Polen mit der Schuldlüge ist ihnen voll gelungen. Der Bericht des Wolffschen Telegraphenbüros ging in deutsche und ausländische Zeitungen über und rief eine völlig falsche Auffassung hervor. Durch den Obersten Wade ging eine ähnliche Darstellung an die Friedenskommission ab. Die Posener unabhängigen Zeitungen erschienen nicht und konnten nichts richtigstellen. Als das „Posener Tageblatt" wieder erschien, stand es unter der Vorzensur. Das Standrecht schränkte die Bewegungsfreiheit weiter ein. Zudem wurden die Spuren des Geschehens in Posen absichtlich zerstört. So hat der Bericht des Wolffschen Telegraphenbüros völlig verwirrend gewirkt. Die grundfalsche Darstellung findet sich in allen möglichen Formen wieder. Jeder, der die Berichte zu geschichtlichen Darstellungen benutzt, unterliegt der Täuschung. Selbst in die Regimentsgeschichten ist die falsche Darstellung übergegangen. Die deutschen Zeitungen dieser ersten Zeit der entscheidenden Handlungen sind übrigens völlig leer. Nirgends ein ausführlicher Bericht. Das Geschehen, das tief in die Kraft des Deutschen Reiches hineingreift und an den Grundlagen Preußens rüttelt, findet gar keinen Widerhall in Deutschland. Überall drängt sich der Gedanke auf, daß von den Volksbeauftragten eine Anweisung ergangen sein muß, die Posener Vorkommnisse mit Stillschweigen zu übergehen.

Durch Rzepecki ist uns der Wortlaut des Berichtes bekanntgeworden, den der Oberst Wade an die Friedenskommission und zugleich nach London durch Funktelegramme abschickte. Er heißt:

„An den Senior der englischen Mission in Spaa
(nach London senden).

Die Mission kam in der letzten Nacht auf dem Wege nach Warschau im Hotel Bazar in Posen an, herzlich aufgenommen von den Einwohnern. Heute nachmittag feindliche Demonstration, organisiert vom deutschen Militär. Es fielen Schüsse. Man teilte mir mit, es lägen Verwundete im Hotel. Abends 6 Uhr hält der Straßenkampf gegenüber dem Hotel an. Ich habe den Kommandanten Rawlings zum Stabe des V. Armeekorps gesandt, damit er ihnen ankündigte, die Regierung Britanniens werde die deutschen militärischen Behörden persönlich verantwortlich machen für die Belästigung und Schädigung unserer Mission. Ich bitte, scharfen Protest einzulegen und das Einstellen dieser Provokationen zu fordern."

Wade telegraphierte in einem zweiten Telegramm u. a.:

„Noch immer finden hier Schießereien in den Straßen statt. Schüsse fielen gestern abend in meine Fenster am Bazar. Vier Kugeln fielen in Paderewskis Zimmer usw."

In diesem Telegramm ist alles polnisch beeinflußt. Das konnte nicht anders sein. Die Engländer kamen als Sendlinge im polnischen Interesse oder wurden doch so behandelt. Sie verkehrten auch nur mit Polen, die ihnen die Berichte so gaben, wie sie selbst es wünschten. Da ist keine der charakteristischen Lügen versäumt. Leider ist das zweite Telegramm nicht vollständig. Weitere Berichte hat der Kapitän Rawlings der Friedenskommission in Spaa überbracht. Sie sind uns bis jetzt nicht bekanntgeworden. Sie dürften weiteren Aufschluß über die Vernebelung der Posener Vorgänge geben. Zugleich würde die Rolle geklärt werden, die die „Mission" dabei als Steigbügelhalter Polens gespielt hat.

Die Polen gaben sich auch weiterhin alle Mühe, den fremden Herren ihr Recht und ihre bedrängte Lage sowie ihren Sieg vorzuspielen. Am 29. Dezember wurde sowohl der Kommandierende General wie der Oberpräsident von einem polnischen Kommando aufgefordert, in dem Bazar zu erscheinen, und zugleich in einem Wagen abgeholt. Hier wurden sie einem Verhör unterzogen und längere Zeit dabehalten. Die Polen sprachen von einer Internierung. Leider kann ich nicht angeben, wie lange diese gedauert hat und was der Inhalt der Vernehmung gewesen ist. Ebenso wurden alle Offiziere, die in Uniform getroffen wurden, doch auch einzelne Herren, die als Offiziere bekannt waren, auf der Straße oder in der Wohnung in Haft genommen und in den Bazar gebracht. Dabei hütete man sich, die Offiziere der mobilen Truppenteile zu belästigen. Man fürchtete hier Widerstand und mied ihn. Die gefangengesetzten Offiziere brachte man in den Gastzimmern des Hotels Bazar unter. Jede Tür wurde von Posten bewacht. Meist waren es Söhne polnischer Gutsbesitzer in Offiziersuniform. Sie hatten auch die vielberufenen „vier Geschosse" bei sich, die angeblich in das Zimmer Paderewskis eingeschlagen sein sollen, und zeigten sie jedermann, der herzukam, mit anschaulichen Erläuterungen. Die Gänge in diesem Teil des Hotels sahen aus wie die einer Kaserne mit schwerbewaffneten Soldaten. Auch die Türen der Räume für die Herrschaften der Mission waren ebenso stark bewacht.

Gleichfalls wurde vom Bazar aus in märchenhafter Aufmachung verbreitet, daß an dem Abend des Putsches eine große Anzahl von Toten und Verwundeten in den Bazar gebracht worden sei. Auch die polnischen Zeitungen haben diese Angaben stark gedämpft aufgenommen, und der Oberst Wade redet nur noch von Verwundeten. Eine genauere Angabe über die Unmöglichkeit solcher Dichtungen erfolgt später.

Abreise der „Mission".

Um in dem Fortgang dieser Berichte nicht mehr auf die „englische Mission" zurückkommen zu müssen, greife ich zeitlich etwas vor und schließe meine Ausführungen über ihren Posener Aufenthalt mit den folgenden Anmerkungen ab:

Die Nachfrage und der Protest des Deutschen Auswärtigen Amtes in Spaa hatte den Erfolg, daß der Vorsitzende der englischen Abordnung, General Raking, den Obersten Wade in einem Telegramm anwies, sofort nach Warschau abzureisen. Infolgedessen reisten die Herren in der Nacht vom 31. Dezember 1918 zum 1. Januar 1919 morgens 3 Uhr im Sonderzuge ab. Nach der Abreise war das Wolffsche Telegraphenbüro in der Lage, den Wortlaut des Telegramms mitzuteilen. Es hieß:

„Ich habe vom englischen Auswärtigen Amt Auftrag erhalten, Sie anzuweisen, Ihre Reise nach Warschau ohne Aufschub fortzusetzen. Bestätigen Sie den Empfang.
General Raking, Britische Delegation, Spaa."

Dieses Telegramm vermehrt nur das viele Unaufgeklärte dieser „Mission". Ihr Auftrag nach Posen wird ganz unwahrscheinlich. Das Telegramm klingt wie eine Zurechtweisung. Der Kapitän Rawlings reiste von Posen über Berlin nach Spaa, um dort Bericht zu erstatten.

(Fortsetzung folgt.)

Spätwinter im Ost-Erzgebirge.

Der liebe Petrus, an dessen Adresse sich bekanntlich das alte, inbrünstige „Ski-Gebet“ richtet, hat zwischen Weihnachten und Ostern seine Sonderaufgaben. Und wenn ihm zum Dank für die Erfüllung seiner winterlichen Pflichten das dreifache „Ski-Heil“ der Zünftigen dargebracht wird, so klingt es immer am kräftigsten von dort zu ihm empor, wo die weißen Aufmarschstraßen zu den Höhen des Winterglücks führen. Auf ihnen zieht man zu Berg in den Feiertag aller Schneefreuden, auf ihnen braust man hinab, der Staub der Alltagsarbeit versinkt in ihrer glitzernden Bahn, und die Wunschträume aller Urlaubssehnsucht beginnen auf ihnen Wirklichkeit zu werden. Denn hier heißt es: im Anfang war der Weg!

Unter diesen Pilgerpfaden zu Kraft und Freude gibt es nun im **Grenzkammgebiet des Ost-Erzgebirges** einen, der unvermeidlich und unvergeßlich ist: die „Schneise 28“. Sie ist die **große** Querallee, die Paradestraße durch das umstrittene Reich des Wintersportlers, der von Kipsdorf bis Zinnwald, von Oberbärenburg bis Rehefeld, von Schellerhaus bis Altenberg-Geising, in Höhen von 600 bis 900 m monatelang souveräner Herrscher ist. Beginnt „Schneise 28“ nicht eigentlich schon in Dresden am Hauptbahnhof? Oder scheint sie nur Sonntags die „verlängerte Prager Straße“ der lebensvollen Landeshauptstadt zu sein? Freilich, an Fest- und Feiertagen trifft sich hier so ziemlich alles, was zu froher Wochenend-Brettl-Fahrt den kurzen Weg heraufgeeilt ist; aber — alle Tage ist kein Sonntag! Einsam und voll Frieden liegt dann wieder dieser weiße Weg zu Sachsens Grenzkamm da, denn außer des Wanderers Fuß und des Skifahrers gleitenden Brettern beleben ihn nur ab und zu ein läutender Schlitten oder des Holzhackers Gespann.

„Schneise 28“, mit ihrem vom Dezember bis weit in den März hinein schneesicheren Waldrevieren hat ihre zwei Pole: zur Höhe klimmt sie nach Zinnwald, hinab führt sie nach Schellerhau, und wo immer die zahlreichen Kreuzwege sie queren, zeigen die scheinbar gleichgeschalteten Wegweiser „nach Rehefeld“ und drüben „nach Altenberg“. Um diese vier Namen spinnen sich viele andere, die restlos aufzuzählen der Raum nicht ausreicht. Es mag genug sein, zu wissen, daß jeder schöne Platz von hier aus leicht zu erreichen ist.

Dabei fehlt es nicht an Abwechslungen und Überraschungen. Wer die Fahrt bei dem durch seine Fresken bekannten alten Kirchlein von Schellerhau oben auf dem flachen Höhenrücken über dem Wald- und Wiesental der Roten Weißeritz beginnt, gleitet auf „Schneise 28“ bald zwischen besonnten Hängen dahin, bald zwischen meilenweiten Fichtenwäldern, in die lichtere Inseln von Buchen und Birken eingestreut sind. Wenn rechts sich der Blick über niedrige Schonungen weitet, ragt links die silbrigglänzende Mauer des Waldes hoch wie ein Wall auf; und wer sich schon auf der Höhe glaubt, wird durch plötzliche Schußfahrt und nochmaliges Klettern bis zum wuchtigen Zinnwalder Hochkamm überrascht.

Da oben liegt, fast 1000 m hoch — mit einem herrlichen Übungshang auf der tschechischen Seite — die Kammsiedlung Georgenfels-Zinnwald, alte, malerisch über den Wiesenplan verstreute Berghäuschen mit tief herabgezogenen Schindeldächern. Wenn der Schnee hoch liegt — und er liegt meist hoch, da der Winter hier oben „kernfest und auf die Dauer“ ist —, sieht man die Grenzsteine nicht. „Schneise 28“ hat hier noch eine andere Überraschung, sozusagen ihr „Großes Fenster“, nach Süden geöffnet. Bei den Lugsteinen, wo sich die Lugsteinbaude idyllisch an den Wald lehnt, bietet sich weit ins Böhmerland hinein die herrlichste Fernsicht auf den Milleschauer und die anderen Phonolithkegel des Böhmischen Mittelgebirges. Viel läßt sich vom Zinnwalder Grenzkamm erzählen. Da liegen die größten sächsischen Naturschutzgebiete inmitten unberührter Wälder, die sich hier in einer Breite von 10 bis 15 km ausdehnen. Es finden sich die Zeugen einer reichen geschichtlichen Vergangenheit und die Denkmäler einer fast 500 Jahre alten, längst vergangenen Bergbaukultur. Stille Schachtanlagen stehen bei Zinnwald hart am Grenzstein; das 200 Jahre alte Exulantenkirchlein vertriebener Protestanten schaut trutzig über die weiten Hänge, und am „Sächsischen Reiter“ erinnert eine Steintafel daran, daß in diesem alten Grenzgasthof Herr Geheimrat v. Goethe im Juli 1813 gewohnt. Er hat jedoch nicht nur die — heute für Besucher erweiterten — Stollen des alten Zinnbergwerks studiert, er ist von dort oben heruntergestiegen zum Aschergraben, sein Auge hat über der welligen Landschaft geweilt, und sein Preis ihrer Schönheit in den Worten Ausklang gefunden: „Wie segne ich den Genius, der mich zum Anschau'n dieser Gegend getrieben hat, die so lange Zeit das Ziel meiner Sehnsucht gewesen ist.“ Heute saust der Rodel, sausen die Brett'l die „Lange Gasse“ vom Kamm herunter zum Schwarzwasserweg und weiter hinab nach Geising. Dies liebliche Bergstädtchen im Tal der oberen Weißeritz und der Müglitz, das sich stolz die Wiege des sächsischen Wintersports nennen kann, schmiegt sich windgeschützt in die Wälder, die die Berge und Hänge des Talschlusses bekleiden. Hier lockt den Wintersportler besonders die fast 2 km lange durch Hochwald führende Kunstbobbahn mit acht massiven Kurven und Zuschauertribüne. Sie gilt als eine der besten derartigen Bahnen in Deutschland. Der zweite Magnet ist die 1932 auf den 823 m hohen Geisingberg errichtete „Sachsenschanze“, mit die schönste Sprungschanze Deutschlands und bestimmt die modernste: mit eigener Bahnstation!

Von der Sachsenschanze ist der Weg nicht weit hinauf nach dem alten trauten Bergstädtchen Altenberg (750 bis 850 m hoch), in dessen 700 Jahre alten Zinnbergwerk mit der neu erschlossenen Heinrichssohle nach langen Jahren der Bergbau kürzlich wieder aufgenommen wurde. Altenberg mit seiner „Pinge“, dem grotesken Einbruch alter Schachtanlagen, ist der bekannteste Wintersportplatz des Ost-Erzgebirges. Da steht auch das erste Wintersportdenkmal Deutschlands, der „Zünftige“, sieghaft und stolz, den Schneeschuh wie seine Waffe im Arm. Um Altenberg liegen die schönsten Hänge für alle Grade wintersportlichen Könnens, von der zerhackten Übungswiese für Anfänger angefangen bis zu den zahllosen Abfahrten für Fortgeschrittene und Meister. Herab geht's zum einsamen Waldweiler Hirschsprung-Ladenmühle oder nach Oberbärenburg auf sonnigem Hochplateau; hinauf geht's durch den Raupennestwald, in dessen Mitte der bekannte Berggasthof „Raupennest“ liegt, zum langgestreckten Granitrücken des Kahlebergs (905 m) oder auf der Geisinger Seite zum turmgekrönten Basaltkegel des Geisingberges oder zum Kamm und dem Mückentürmchen, hier „Migg'ndirmchen“ genannt. Überall weite Fernsicht ins Sachsen- und Böhmerland und bis hinein in Rübezahls Reich. Jenseits des Kahlebergs, wo alle Abfahrten „Schneise 28“ kreuzen, liegt Zaunhaus-Rehefeld in einem waldumschlossenen Wiesenthal mit großartigen Übungshängen. Dort steht das altberühmte Jagdschloß der Wettiner, die imposante Grenzbaude (760 m) ladet zum Besuch ein, und nicht weit ist der Weg zu unseren Stammesbrüdern im böhmischen Neustadt-Moldau und zur Wittichbaude in geradezu alpinem Skigelände.

All diese Pracht rund um „Schneise 28“ liegt gewissermaßen vor den Toren Dresdens! In 70 Minuten führen die Eilautobusse der K. V. G. alle die hinauf, denen die doppelt so lange romantische Bahnfahrt über Heidenau zuviel Zeit kostet. Wer aber noch rascher auf die Brett'l kommen will, der kann bereits von Kipsdorf, der Eingangspforte zum Ost-Erzgebirge, auf zahllosen Wegen aufwärts spuren, falls er es nicht vorzieht, diesen beliebten Wintersportplatz an der Tellkoppe (758 m) als Standquartier zu wählen.

Gute anheimelnde und sehr preiswerte Gaststätten finden sich überall in diesem schneegesegneten Stückchen Grenzland, und in jeder ist die Aufnahme überaus herzlich. Wer aber das Glück hat, wiederkommen zu können, der wird als „Zugehöriger“ besonders verwöhnt und das macht das „Immerwiederkommen“ so selbstverständlich. Die Gemeinde der Ost-Erzgebirgsfreunde wächst mit gutem Recht von Jahr zu Jahr und wird weiter wachsen, je mehr jeder einzelne die Pflicht erkennt, seine Volksgenossen auf Vorposten zu besuchen und dadurch im Kampf um den deutschen Ostraum zu stärken. Daneben sei aber den Berlinern noch ein besonderes Rechenexempel aufgegeben: 149 Minuten Schnellzug Berlin—Dresden + 70 Minuten Autobus Dresden—Altenberg = 219 Minuten Berlin—Schneeparadies Sachsen-Ost! Wieviel Minuten es nun noch bis „Schneise 28“ sind, das hängt allerdings von dem Können der Skikanonen bzw. dem Nichtkönnen der Skihasen ab. Aber die Hälfte der Zeit kann bestimmt noch gespart werden, wenn es gelingen würde, einen „Fliegenden Altenberger“ einzustellen, und zwar ab morgen und mit eigener Bahnstation „Schneise 28“.

Dr. A. L. von Schellwitz-Ültzen,
Leiterin der Abtlg. Grenzlandreisen im BDO.

Die **Arbeitsgemeinschaft Heilige Ostmark** (Kreis Berlin) veranstaltete in den vergangenen Monaten eine Reihe von Vorträgen unter dem Thema „Väterkunde“,

die Geschichte der Germanen bis zur Völkerwanderung,

die starke Beachtung und Anerkennung fanden. Vortragender war Kurt Pastenaci, der Verfasser des bekannten Buches „Das viertausendjährige Reich der Deutschen“. Ein Geschichtsbild der Nationalen Revolution, welches sowohl in der Fachwelt, wie in größeren, interessierten Kreisen starke Beachtung gefunden hat. — In dem am 6. März stattfindenden Vortrag wird der Verfasser über „Lebensanschauung und Geisteshaltung der Germanen“ sprechen, wobei er durch Auswertung der vorgeschichtlichen Funde und der griechisch-römischen Nachrichten über unsere Vorfahren, sowie der nordischen Sagen und Lieder die Frage: Was ist deutsch? zu beantworten versuchen wird. Im April wird ein letzter Vortrag mit Lichtbildern über die „Geschichte Ostdeutschlands“ stattfinden, der das historische Recht der Deutschen auf ihre östliche Heimat behandeln wird. Zu den Vorträgen, die im Petri-Gemeindehaus, Neue Grünstr. 19 (Verbindung durch U-Bahn oder Straßenbahn bis Spittelmarkt), pünktlich abends 20 Uhr, stattfinden, wird rege Teilnahme der Berliner Ortsgruppen des BDO. erwartet. Unkostenbeitrag nur 30 Pf.



Am Meer der Ostmark.

Von Dr. Franz Lüdtke.

Am Steilufer der Ostsee stehe ich, am Meer der Ostmark, meiner Heimat. Kreischend jagen und wiegen die Möwen. Die Sonne kämpft gegen große Windwolken, die über den Himmel wandern. Das grüne Meer schlägt hoch, tausendfach, in weißen, leuchtenden Kämmen, anschwellend, zerschellend, wieder schwellend. Ewige Bewegung, ewiger Laut. Der Sturm, seit Tagen wütend, brüllt, das Meer brüllt; das Ohr füllt sich mit Urlauten, die waren, ehe der Mensch war, und das Herz denkt ein Wort, einen Sinn: Heimat.

Ja, dies ist Heimat. Hierher zogen sie, die Vorfahren aus Niedersachsen, vor vielen, vielen hundert Jahren. Ostwärts, ins Ostland. Zogen mit Kreuz und Bibelbuch, Streitaxt und Schwert, mit Pflug und Spaten. Brachten, was das Land nicht hatte, noch kannte: den Sinn des Schaffens, vielleicht — den Sinn des Lebens.

Und zogen weiter, kämpfend, rodend, lehrend, immer ostwärts, und sangen das Lied der Ostfahrer: „Da ist das Land so schön". Hier, wo der nachgeborene Enkel von steiler Küste in Gischt und Wolken blickt, führten ihre Schiffe über See, blähten sich Segel im Wind, schlugen Ruder die graue oder grüne Flut. Auf hoher Düne standen sie, und hinter ihnen, im Land, wuchs auf den Äckern das Brot, rauchten die Essen, spielten Kinder und klangen vom Turmgebälk granitener Kirchen die erzenen Glocken. Verbundenheit zwischen Mensch und Scholle, Erde und Himmel, Leben und Schaffen, zwischen Mensch und Gott. Der deutsche Gedanke formte sich, aus Brachland, Sumpf und Urforst ward Wohnstatt und Korn, aus Chaos Ordnung — der Deutsche schritt, ein ewiger Faust, von Saat zu Ernte, von Ernte zu Saat, und machte das Ostland deutsch.

Die Oder war deutsch, die Weichsel. Darüber hinaus, weit weithin wehten die Fahnen unseres Geistes. Dies Land ward deutsch, durch unsere Arbeit, unsere Liebe, unsere Schöpfungstat. Die Grenze kämpfte, rodete, baute sich vor, immer vorwärts, Meile um Meile, im Ringen der Geschlechter, in Geburt und Sterben und neuer Geburt, in Not und Nacht, Leid und Grauen, Glück und Lust ostwärts — bis Deutschland ward.

Dünensand, windgeweht, wirbelt mit seiner Schärfe um mich; Möwen schreien, endlos wandert das Auge über dröhnende, stöhnende Wasser.

Sie sagten, du seist nicht deutsch, und als die Stunde der Schwäche und des Abfalls kam, da rissen sie dich von uns wie Fetzen aus Königsgewand, da nahmen sie dich, da sollten wir nicht mehr wissen, was „Heimat" ist.

Die Dünen peitscht der Sturm. Es heult in den Lüften, die Brandung rollt, fernhin stöhnt Donner, es ist ein Brausen und Rauschen, als breche das Chaos herein. In mir aber tönt ein anderer Klang. Ein Lied, oft gesungen und immer wieder neu erlebt, wird in mir wach. Ich sehe den endlosen Zug der Ostlandfahrer, durch die Jahrhunderte, Männer, Frauen, Jugend; ich sehe Kämpfer und Ackerer, Schiffsleute und Bergleute: deutsche Menschen. Und ich höre ihr Lied, das aufklang und heute mächtiger als je wird aufklingen, aufklingen muß: Nach Ostland wollen wir reiten! Da ist das Land so schön!

Wunder der Kurischen Nehrung.

Von Agnes Harder.

Die Kurische Nehrung, die das Kurische Haff von der Ostsee trennt, beginnt östlich von dem Seebad Cranz und zieht sich dann fast hundert Kilometer bis zum Tief von Memel hin. Ihre Breite schwankt zwischen einem halben und vier Kilometern. Sie hat den Namen „Preußische Wüste" durchaus nicht immer getragen und immer verdient. Als die Ordensritter ins alte Samland kamen, trug die Nehrung dichten Laubwald, und erst als der fiel, tauschte sie ihr dunkles Kleid gegen das blendendweiße Wüstengewand.

In einer großen Geldnot, während des Siebenjährigen Krieges, ließ Friedrich der Große die Nehrung des Frischen und die des Kurischen Haffs abholzen. Er mag die 80 000 Taler, die dadurch in die Staatskasse kamen, gut haben brauchen können — verzinst haben sie sich nicht; denn der Geldaufwand, den die Dünenbefestigung verlangt, ist ungeheuer. Das Festlegen einer Wanderdüne bei Pillkoppen hat 200 000 Mark gekostet. Der Wald war kaum verschwunden, als die rastlos nagende Arbeit des Sandes begann, als jenes Märchen aus Tausendundeiner Nacht sich im Norden aus den Fluten hob: die schimmernde Kette weißer Sanddünen, zehn Meilen lang, mit allem Schrecken und allem Zauber der Sahara, mit wirbelnden Sandwinden, verschütteten Menschen, wieder aufgedeckten Knochen und täuschender Fata Morgana.

Sand! Er rinnt flüchtig durch die Finger, er bildet ein weiches Bett am Strande und deckt sanft zu — und ist doch ein Feind alles Lebens, schlimmer als Feuer und Wasser. Denn beide lassen eine Nährschicht zurück, ein Geschenk für die Zukunft trotz augenblicklicher Zerstörung. Der Sand aber will keine Auferstehung, kein neues Leben. Nur feine leichte Körnchen. Ein Lufthauch kann sie entfernen. Und doch kommt kein Keimtrieb neuen Lebens gegen sie auf.

Acht Dörfer sind in dem letzten Jahrhundert auf der Kurischen Nehrung untergegangen, so daß ihre Stätte nicht mehr zu erkennen ist. Die weiße Wüste hat sie gefressen, die Reste vom Wald, die sie schützten, die Häuser und Kirchen. Die Wanderdüne hat sie verschlungen. Die lag vor ihrer Tür wie der böse Feind, und mit jedem Sturm kam sie ihnen näher, langsam, aber unweigerlich, und der rieselnde Sand, der durch die Schornsteine der Hütten fiel, sagte schon dem Knaben, daß er weiterziehen müsse, wenn er Mann geworden sei.

Aus losem Sand hat sich die Gebirgskette der Dünen bis zu einer Höhe von siebzig Metern erhoben. Unmittelbar aus dem Wasser aufsteigend, hängt sie wie ein blendender Streifen zwischen Haff und See. Runde Kuppen und spitze Grate, Schluchten und Kessel, zackige Bergrücken und einzelne Kegel: so hat das Meer sie gebildet, in beständigem Druck unter dem hier häufigen Westwind, der den Sand an der nach der See zu sanft geneigten Fläche in Strömen hinauftreibt, gleich fließendem Wasser. So sind die Dünen eine Gabe des Meeres, verhängnisvoll für die Ortschaften an der Ostküste, für die Fischerdörfer am Haff, die dort mit ihren Waldresten, ihren kleinen Viehweiden zu den Füßen der weißen Berge lagen.

Nur daß diese Berge nicht ruhten. Derselbe Weststurm, der die Sandbäche die schiefe Ebene von der See aus heraufrollte, trieb sie über den Kamm den steilen Osthang hinab in das grüne Tal. Während er tobt, rauchen die Berge. Gelbe Winde heben sich in tollen Wirbeln in die Luft. Das Gebirge bewegt sich. Morgen werden die Täler und Höhen ihren Platz gewechselt haben; um vielleicht nur wenige Striche, aber immer um ein Kleines wird die todbringende Wanderdüne dem Dorf nähergerückt sein. So schleicht sie heran, Jahr für Jahr, der lebende Tod. Jetzt ragen nur noch die grünen Wipfel des Hochwaldes gleich niedrigen Büschen aus dem Sande hervor; jetzt liegt der Sand zollhoch in der kleinen Kirche; jetzt ist das Dorf erreicht. Und ein Jahrzehnt später wandert der letzte Bewohner mit seinem Häufchen Armut weiter, dem nächsten Dorfe zu, dessen Stunde noch nicht gekommen ist.

Und wie die Düne weiterwandert, kommt die Stunde, wo sie freigibt, was sie einmal genommen. Da hebt sich der verschlungene Wald wieder aus dem Sand empor. Doch nur Gespenster entsteigen Gräbern. Nackt strecken sich die Äste aus, gleich knochigen Armen. Zuweilen sind alle holzigen Teile der Stämme verschwunden. Nur die Rinde hat sich erhalten. Dann birgt der Sand eine Reihe hohler Röhren, die sich wie Fallen dem Fuß des unvorsichtigen Wanderers entgegenstellen. „Er ist in einem Baum ertrunken," sagt bezeichnend die Kure der Nehrung.

Und die Düne wandert weiter. Sie deckt den Friedhof auf und gibt die gebleichten Knochen frei, daß sie auf dem Sande lagern. Der Bewohner der Nehrung nimmt das hin wie Schicksal. Für ihn liegt der Tod ebenso draußen auf Haff und See wie in den Dünen. Er hätte nicht die Kraft gefunden, den Kampf mit dem Sande aufzunehmen. Er wäre zurückgewichen, bis die Wanderdüne das Ufer des Haffs erreicht hätte.

Es ist anders gekommen. Wer heute von Cranz aus den Dampfer nach Memel benutzt, der sieht die Bergkette der Kurischen Nehrung wohl noch schimmernd und leuchtend, von Tausenden von Möwen umkreischt, gegen den Horizont stehen, aber hier und da zeigen sich, in den gelben Sand eingebettet, kleinere und größere dunkelgrüne Waldstellen, während einzelne Sandkegel einen sonderbaren Anblick gewähren, als seien sie in Vierecken mit Bandstreifen belegt worden. Wie einst von den Sanddünen aus die Zerstörung sich immer weiter erstreckte, so sind diese Waldoasen jetzt die stets wachsenden Keimzellen neuen Lebens.

Die hohe Düne konnte erst nach Anlegung einer Vorderdüne geschützt werden. Auch wer die Beackerung des schlimmsten Ödlandes kennt, wer gesehen hat, wie zu steilen Felsen die Gartenerde in Körben getragen werden muß und zollweise gesichert wird gegen Sturzbäche im Frühjahr, auch der kann sich noch keinen Begriff machen von der Mühseligkeit der Dünenbepflanzung. Gibt doch die preußische Wüste auch in bezug auf die Hitze im Sommer ihrer furchtbaren Schwester nicht allzuviel nach. 55 Grad sind im Sommer in den Sandbergen keine Seltenheit. Und nun in diesem Boden, der unter den Händen nachgibt und entweicht, jede Wurzelfaser des Strandhafers befestigen, dessen harte Halme die Hände zerschneiden! Dann, nach Jahren, wenn diese genügsame Pflanze eine Decke gebildet hat, noch dünn und nachgiebig, folgt die Beforstung mit der nordischen Krüppelkiefer, die in Anspruchslosigkeit sich neben den Strandhafer stellt, und die ihre Zweige bei ganz niedrigem Stamm gleich einem Mantel des Erbarmens in weitem Rund ausbreitet. Oder die ganze Düne wird mit Reisig bedeckt, und dann werden im Viereck niedrige Faschinen aus Stubbenholz hindurchgeführt. In jedes Viereck wird nun Lehm, Baggerschlick und Moorerde als Nährstoff für die kleinen Kiefern getan und so die Vermittlung des Strandhafers umgangen. Kein Wunder, daß die Förster der Nehrung ihre Pflanzungen lieben mit der eifersüchtigen, leidenschaftlichen Liebe, die man dem Selbstgeschaffenen, dem Heißerrungenen entgegenbringt.

Eine Nacht bei den Bernsteinfischern.

Von **Adolf Gronau.**

Wir standen auf der Höhe des Seeberges, dem Kiekutberge. Der Wind zog noch, die See ging noch hoch in langen unzerrissenen Wogen. Wir schritten schnell zu, um vor Einbruch völliger Dunkelheit eine Übersicht über den ganzen Strand zu gewinnen. In einer Bucht, an den „drei Rinnen", fanden wir eine Gruppe von Männern stehen. „Da wird's sein", meinte mein Vetter, und wir beschleunigten die Schritte. Hier hatte sich in der Tat eine „Schöpfung" zusammengezogen. Schwärzlich zeichnete sich das Wasser in der vierten und fünften der Wellen, die sich schwerfällig hoben und senkten; hier reckte sich ein Baumast armlang aus der trüben Flut, dort tauchten Kakeln (Enten) und fischten Möwen, alles untrügliche Anzeichen für bernsteinführende Krautmassen. Dort lagen die Schätze, aber leider noch in unerreichbarer Ferne; die Schöpfung „lag vor". Alles hing von der unberechenbaren Strömung ab; auf allen Gesichtern las man Erwartung. Blieb der Strom in südlicher Richtung und war die „Fläk" (Sandbank) weit genug in die See hinausgebaut, so würden sie die Massen aufhalten und zum Lande führen. Das war die allgemein geäußerte Ansicht aller Sachverständigen. Noch war die Schälung klar, nur Schaum und Blasen ließen die Wellen auf dem Strande zurück. Da hieß es warten. Und das haben die Strandbewohner von jung auf gelernt. Einige Männer saßen schon unter dem Seeberg. Wir setzten uns zu ihnen, und ich hatte Zeit, die einzelnen Gestalten zu mustern. Es waren wetterharte Gesellen mit scharfen Späheraugen, die bei den Alten von Furchen und Runzeln umgeben waren, kurzen Pfeifen im Munde und langen Wasserstiefeln an den Beinen. Hin und wieder ging ein Ungeduldiger zum Strande und beleuchtete das Wasser, kam aber immer mit der Meldung zurück, daß nichts wahrzunehmen sei. Nach abermals einer halben Stunde meldete einer „Es säumt!" Die Wellen hatten mitgeführten Tang in flachem Bogen am Strande zurückgelassen, ein Beweis, daß die Schöpfung nunmehr anließ. Es regte sich sachte im Lager. Laternen wurden angezündet, Wasserstiefel hochgezogen. Wir fanden Kraut, Muscheln und einzelne Bernsteinstückchen als erste Gabe des Meeres auf den Strand gesetzt. Dort stand schon jemand an der „Schwelle", ließ sich die brausenden Wasser um die Knie schlagen und stach den Kescher so weit als möglich in die Flut. Nun zog und zog er; ein zweiter kam zu Hilfe; sie schleppten den vollen Kescher aufs Trockene und warfen den Inhalt heraus; viel Steingeröll, aber auch Kraut, und da — er griff zu, scharrte und griff wieder zu, und zwei blinkende Bernsteinbrocken lagen in seiner Hand. Ringsum leuchteten drei oder vier Laternen. Nun wurde es lebendig im und am Wasser. Wieder schleppte man einen schweren Kescher voll daher; aber nur Steingrus flog klirrend auf den Sand. Ein dritter war glücklicher. Er hatte die „Ader" getroffen. Jeder hatte bei seiner Laterne seine Haufenstelle; dort warf er den Inhalt seines Keschers mit einem Ruck heraus, stieß ihn mit dem schweren Stiefel auseinander, griff nach der Laterne und las in deren Schein die wertvollsten Stücke heraus. Rastlos, mit schwerem Schritt, stampften die schwarzen triefenden Gestalten mit den Keschern am Strande hin und her oder standen mit ihnen im strudelnden Gischt der Brandung; dazwischen irrten die Lichter der Handlaternen, ein eigenartiges Bild.

Mitternacht war schon vorüber.

„Wir werden noch einmal den Strand abgehen; vielleicht hat sich im Loch hinter dem ‚Galgenberg' etwas angelassen." Wir ließen die Schöpfer allein und gingen, sorgsam leuchtend, vorwärts. Bald war der Strand wieder blank.

„Wird etwas Ordentliches zusammenkommen?" fragte ich den Vetter. „Nicht sehr viel; es plömpert so, das ist noch keine rechte Schöpfung."

„Sieh, hier hat es schon wieder gesäumt."

Wir schritten schneller vorwärts, die Laterne dicht am Boden haltend. „Schau hier! Da liegt Bernstein ‚ausgespickt' — he, sieh an!" Wir griffen zu und sammelten die größten Stücke in den Leinwandbeutel. Wie flink das ging! Dann leuchteten wir ins Wasser. Herrliches Material! Hier schlug ein Stück auf und dort auch. Wie ein gelber Funke leuchtete es im schwarzweißen Strudel auf und war plötzlich wieder verschwunden.

„Hol schnell die Schöpfer", rief der Bernsteinnehmer in freudiger Erregung. Ich lief um den Haken zurück; Rufe waren vergeblich, ich mußte dicht an sie herankommen.

„He, Kirsch, und ihr alle, schnell zum Galgenberg, da ist bessere Arbeit!"

Er holte seine Laterne und ging. Der Gemp hatte mich auch verstanden. Er folgte ebenfalls. Bald merkten auch die übrigen, was die Glocke geschlagen hatte, und einer nach dem andern kam zur Stelle, die letzten schon im Geschwindschritt. Gleich beim ersten Kescher merkte jeder, daß die Arbeit hier lohnender sei. Jetzt aber begann ein Schöpfen und Rennen, sogar aufmunternde Rufe erschollen. Keine Ruhe, keine Rast gönnten sich die harten Männer. Der Schweiß fiel in dicken Tropfen in das kalte Seewasser. Je mehr die Aussicht auf Gewinn stieg, um so eifriger schafften sie. Der alte Spitz raucht sonst immer, bei gewöhnlicher Arbeit warm, bei dringender kalt; jetzt aber hatte er im Drange der Arbeit seinen Pfeifenstummel in die Weste gesteckt. Ich ging von einem zum anderen und musterte die Beute. Wie verschieden war sie doch! Hier schleppte einer aus Leibeskräften eine Last nach der anderen auf den Strand, aber sein Fang reichte bei weitem nicht an den des anderen, der seltener aus dem Wasser stieg, aber jedesmal etwas Ordentliches in den Schnappsack tun konnte. Umsicht und Erfahrung gaben hier den Ausschlag. Mancher hat kein „Bernsteinauge" und bleibt im Schöpfen ein Stümper sein Leben lang.

Ich saß rauchend auf einer Erdstufe unter dem Seeberge und beobachtete das Strandleben bereits im Zwielicht des neuen Tages. Der Wind war im Laufe der Nacht eingefallen. Dumpf und träge rollten die Wellen ans Land; die Krautmassen in der Schälung wurden dicker, der darin gefundene Bernstein seltener. Es lohnte nicht mehr, mit dem Kescher zu schöpfen. Einige Männer standen im Wasser und griffen ab und zu ein Stück mit der Hand, andere knieten im Sande und lasen an ihrer Schöpfstelle. Jetzt kamen die Frauen, einzeln, auch in Gruppen, selbst hier am kalten Strande die getreuen Gefährten der schaffenden Männer. Sie trugen Frühstück in ihren Körben: kräftige Kost und warmen Kaffee. Etliche hatten schon eine Stunde Weges hinter sich. Während der Mann das wohlverdiente Mal genoß, machte die Frau sich an den ausgeschöpften Haufen und las den noch vorhandenen kleinen Bernstein heraus. Nach einer guten halben Stunde war alles so weit beschickt, daß wir den Heimweg antreten konnten.

Buchbesprechungen.

Altgermanische Spruchweisheit. Unter den prächtigen 80 Pf.-Büchern des Verlags Eugen Diederichs, Jena, die unter dem Titel „Deutsche Reihe" zusammengefaßt sind, hat Prof. Hans Naumann Sprüche aus der Edda, aus alt- und mittelhochdeutschem Schrifttum zusammengestellt, Zeugnisse für Tapferkeit, Erdverbundenheit, frommen Sinn. Schön und für jeden kämpfenden Mensch gültig ist dieses Wort Spervogels:

„Es ziemt dem Helden, daß er froh nach Leide sei.
Kein Unglück ward so groß, es war doch auch dabei
ein Glück, des soll'n wir uns versehn.
Aus Unheil mag uns Heil geschehn.
Verloren wir vergänglich Gut,
so soll's uns nicht gereuen!
Ihr stolzen Helden unverzagt
versucht's vielmehr von neuem!"

Charakteristisch ein altdeutsches Wort:

„Ob man alle Tiere soll fürchten:
keins doch so sehr wie den Menschen."

Das Neue Reich. Eine Schriftenreihe zur Politik, Kultur und Wirtschaft des neuen Staates. Herausgegeben von der Deutschen Akademie. Verlag Callwey, München. — Reichswirtschaftsminister Kurt Schmitt erörtert in dem Heft: „Die Wirtschaft im neuen Reich" (0,60 RM.) die Grundsätze, nach denen er den wirtschaftlichen Aufbau des Dritten Reiches gestaltet. Kein „schrankenloser Egoismus", aber auch keine Ausschaltung des Unternehmers, Aufrechterhaltung der Privatwirtschaft, Eingriffe des Staates nur dort, wo unnötige Reibungen zu beseitigen sind, Sorge für starke Ausfuhr, „pflegliche Behandlung" des Binnenmarktes. Summa: keine Autarkie, sondern Vertiefung der wirtschaftlichen Verflechtungen unter den Völkern. Die Frage einer Geldschöpfung ist nicht in Angriff genommen. — Friedr. Burgdörfer weist auf die Zukunft der weißen und farbigen Völker hin in der Schrift: „Sterben die weißen Völker?" (1,60 RM.) Die weißen Völker zählen heute rund 680 Millionen Menschen, d. h. ein Drittel der Erdbevölkerung. Sie beherrschen aber drei Viertel der Erdoberfläche! Doch steht diese Weltherrschaft „auf tönernen Füßen", da die weißen Völker teils durch ihre Uneinigkeit, teils durch den unaufhaltsamen Geburtenrückgang ihre Stellung selbst erschüttern. Es gibt „überfüllte" und „leere" Erdräume. Wer wird sie besiedeln? Die Beantwortung dieser Frage wird das Schicksal der Weißen entscheiden. Gefährlich ist die „Umvolkung" auch in Europa (Frankreich). „Völker können ewig leben, wenn sie nur wollen." Nach dieser Erkenntnis hat das neue Deutschland den Kampf gegen den „Volkstod" begonnen. Gelingt es, das deutsche Volk gesunden zu lassen, so kann das auch die Wende im rassischen und völkischen Schicksal der andern weißen Völker werden. Daher: „Völker Europas, erwacht!" — Paul Schmitthenner wendet sich in dem Heft: „Baukunst im neuen Reich" (0,90 RM.) an den deutschen Menschen (nicht an den „Fachmann"), um in ihm die Tatsache zu klären, daß das Bauen Ausdruck des Volkstums ist. Er zeigt die grenzenlose seelische Armut und die Stilwidrigkeiten der Zeit nach 1870 auf und charakterisiert die maschinelle „Sachlichkeit" des Bauens nach 1918. Noch heute verunstaltet Mittelmäßigkeit das deutsche Land. Der Verfasser tritt dafür ein, daß keine Mietskasernen mehr gebaut werden, daß das Bauen der „geistigen Haltung" unseres Volkes entspricht — und wieder, wie einst, zur Gesinnung wird, die ihrerseits mitbaut am Dritten Reich.

Dr. Lüdtke.

Der jüdischen Rasse Weg und Ziel. Von Dr. Curt Rosten. Verlag Deutsche Kultur-Wacht, Berlin-Schöneberg. — Eberhard König, der Dichter des „Königsgedankens" aus schlesischem Stamm, hat in einer seiner herrlichen Dichtungen von dem „Kampf der Kämpfe" gesprochen, der auf Erden anheben würde. Hat er damals, vor Jahrzehnten, schon geahnt, daß im Bolschewismus das zerstörerische, antigöttliche Prinzip Form gewinnen würde? Sein Träger ist der Geist der Wüste, des Nomadentums; besser: der Ungeist des Raffertums, des Unschöpferischen, der den Geist des Aufbauens, des „Bauern", vernichten will. Dr. Rosten, ein Ostmärker, auf dessen wertvolle, aus dem Kampf des Nationalsozialismus geborene Werke wir schon wiederholt hinwiesen, hat jetzt in einem umfangreichen und doch sehr volkstümlichen mit 24 Bildern auf Kunsttafeln ausgestatteten Werk darauf hingewiesen, wie in den Jahrtausenden des Weltgeschehens immer wieder das Judentum es war, das infolge seiner völkischen und rassischen Struktur die anderen Völker beherrschen will. Er zeigt, daß es einen „Antisemitismus" (der sich jedoch nicht gegen andere semitische Völker, z. B. die Araber, richtet) gab, seitdem sich das weltbeherrschende, die Werte der Wirtsvölker gefährdende Judentum ausbreitete. Vom Antisemitismus der Antike bis zum Nationalsozialismus geht die Linie der Abwehr. Wir Deutsche, die wir hart um die Erhaltung der eigenen Art ringen müssen, haben keine andere Wahl als die, zu unserer eigenen Art, zum nordisch-germanischen Wesen zurückzufinden und mit Entschiedenheit alles abzulehnen, was uns innerlich verfälscht und gewaltsam (auch mit der Gewalt des internationalen Kapitals) unterjocht. Rostens Buch ist eine scharfe Waffe in dem Kampf um die Gestaltung des neuen Reiches. Dr. L.

*

6 v. H. Reichsschuldbuchforderungen.

Im Hinblick auf die bevorstehende Zinssenkung der Rentenwerte sind die von dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht vor dem Zentralverband der Deutschen Bank und Bankiergewerbes erfolgten Ausführungen von großem Interesse. Der Reichsbankpräsident hat nochmals betont, daß eine zwangsweise Herabsetzung der Zinsen der Rentenwerte nicht beabsichtigt ist. Da jedoch mit einer allgemeinen Zinssenkung in absehbarer Zeit gerechnet werden muß, so dürfte, um eine Senkung der Schuldbuchzinsen durchzuführen, erst der entsprechende Rückzahlungswert seitens des Reiches angeboten werden müssen. Da die Kurse der Schuldbuchforderungen im allgemeinen nicht mehr weit von dem Auszahlungswert entfernt sind, so werden seitens des Reiches für die Rückzahlung der Schuldbuchforderungen kaum erhebliche Mittel erforderlich sein. In Nr. 7 des „Ostlands" hatten wir darauf hingewiesen, daß zur Zeit noch die Möglichkeit gegeben ist, die Schuldbuchforderungen in andere gute Rentenwerte umzutauschen, die ungefähr die gleiche Verzinsung auch nach Herabsetzung der Rentenzinsen bieten. Aus der inzwischen eingetretenen erheblichen Kurssteigerung dieser Rentenwerte — etwa 5—7 v. H. — kann man entnehmen, welch großes Interesse für diese Papiere besteht. Es dürfte deshalb für den Schuldbuchinhaber ein schneller Entschluß zum Umtausch seiner Schuldbuchforderungen gegeben sein, da sonst bei einer weiteren Kurssteigerung der betreffenden Rentenwerte die Erhaltung einer 6prozentigen Verzinsung des Kapitals nicht mehr möglich ist. Am 28. Februar d. J. wurden folgende unverbindliche Verkaufskurse der Reichsschuldbuchforderungen genannt:

	I	II		I	II
	ungefähr			ungefähr	
1934	99½	99½	1939	96	95
1935	99½	99½	1940	96	95
1936	99½	99½	1941	94	93½
1937	98½	98	1942	93½	93
1938	97	96½	1943/48	93½	93

Wiederaufbauzuschläge: 1944/48 = 58 v. H.

*

Versammlungen.

Ortsgruppe Berlin-Süd: Am Donnerstag, dem 8. März, abends 8 Uhr, Monatsversammlung in der Kindl-Brauerei, Berlin-Neukölln, Hermannstraße 214—219. Vortrag: Dir. Riebisch über „Unser Kampf um deutschen Lebensraum, Ostraum und Kolonien" (mit Lichtbildern).

VDO, Ortsgr. Groß-Hamburg: Am 4. März, 18 Uhr, Heimatabend im Vereinslokal Porterhaus St. Pauli, Circusweg 1. Gäste willkommen.

Landsmannschaft Kolmar Stadt und Kreis: Monatsversammlung am 14. März, abends 8 Uhr, im Vereinslokal Café Gärtner am Bahnhof Bellevue. Regierungsrat von Amsberg spricht über das Thema: „Im Hindenburgstabe bei Tannenberg"; Dr. Wruck über: „Der deutsche Osten im Spiegel der Münzen."

Durch Generalversammlungsbeschluß vom 3. u. 17. Nov. 1933 ist die Liquidation unserer Genossenschaft beschlossen worden. Die Gläubiger werden aufgefordert, sich zu melden.

Ostmärkische Spar- und Darlehnskasse e. G. m. b. H. i. L. in Berlin.

Die Liquidatoren: gez. Blume gez. Kattau.

Verlag: Bund Deutscher Osten E. V., Berlin W 30, Motzstraße 22 — Fernruf: B 5 Barbarossa 9061 — Postscheckkonto: Berlin 104726 — Verantwortl. für die Schriftl.: Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau — Druck: Hempel & Co. G.m.b.H., Berlin SW. 68, Zimmerstr. 7/8 — D. A. IV 8300